

Veröffentlichungen zum System und zur Geschichte der DDR

I. Zu aktuellen Voraussetzungen geschichtswissenschaftlicher Erforschung der DDR

»Ein Ausweg aus den Denkschablonen der Vergangenheit wird nur dann eröffnet, wenn es gelingt, einen politischen Lernprozeß in beiden deutschen Staaten in Gang zu bringen, der sich pauschalierenden Klischees widersetzt und die notwendige politische Auseinandersetzung auf die Basis des rationalen Arguments stellt«. Dieser Satz aus einer DDR-Analyse von 1972¹ umschreibt Einsichten, Motive und Ziele bundesrepublikanischer DDR-Forschung, wie sie wohl um die Wende von den 60er zu den 70er Jahren nicht selten anzutreffen waren. Die Hoffnung auf die Kraft des rationalen Arguments dürfte inzwischen nach allgemein negativen Erfahrungen geringer veranschlagt werden. Die Frage, ob der für notwendig erachtete Lernprozeß stattgefunden hat, sei hier nicht beantwortet. Auch Denkschablonen nutzen ab und können – zumindest in der Generationsfolge – durch andere ersetzt oder in schlichte Ignoranz aufgelöst werden, ohne daß ein politischer Lernprozeß als kontrolliert-selbstbewußter Prozeß vonstatten geht. Da – wie zu zeigen sein wird – Diskussionen auf der Basis rationalen Arguments selbst zwischen Wissenschaftlern nur schwer zu führen sind und mindestens in den politischen Wissenschaften schon die Themenwahl von außerwissenschaftlichen Motiven und Interessen direkt oder vermittelt abhängt, ist zu fragen, wie DDR-Forschung als spezielle Fragerichtung begründet werden kann, nachdem sie selbst dazu beigetragen hat, die sie zuvor motivierende politisch-ideologische Spannung abzuschwächen². Weder reizen – so scheint es – die alten Denkschablonen zu fortwährender Kritik und ihrer Popularisierung, noch ist jene politische Auseinandersetzung begonnen worden, die der oben zitierte Satz als notwendig postulierte. Bereits sorgfältig aufbereitete wissenschaftliche Orientierungshilfen für diese politische Diskussion, wie sie in den »Materialien« zu den Berichten zur Lage der Nation 1971 und 1972 und im »DDR Handbuch« 1975 gegeben wurden³, haben nicht jene Resonanz gefunden, mit der ihre Auftraggeber wohl gerechnet hatten. Sie sind Arbeiten von Spezialisten für Spezialisten geblieben – Spezialisten für das Thema »DDR« in Wissenschaft und Politik. Neu ist in der Bundesrepublik lediglich die weitere Auffächerung des Spektrums politischer Positionen, von denen her die DDR untersucht wird. Dadurch ist die ohnehin vorhandene Tendenz zur Abkapselung geschlossener Kommunikationskreise, die sich um »Schulen« gruppieren, verstärkt worden. Das »Terrain« wird zunehmend unübersichtlicher.

1 Rüdiger Thomas, Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation (= Reihe Hanser, Bd. 108), 2. überarb. und erg. Aufl., Carl Hanser Verlag, München 1973 (zuerst 1972), S. 8.

2 Siehe dazu die fortlaufende Diskussion über die DDR-Forschung in: Deutschland-Archiv I, 1968, S. 141 ff., bis IX, 1976, S. 923.

3 Für die »Materialien« siehe *Texte zur Deutschlandpolitik*, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bd. 7 und 10, o. O. 1971 und 1972; *DDR Handbuch*, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Wissenschaftliche Leitung: Peter Christian Ludz unter Mitwirkung von Johannes Kuppe, Köln 1975.

Im Jahrzehnt zwischen 1960 und 1970 war es einfacher als heute, in der BRD Aufmerksamkeit für das Thema »DDR« zu finden. »Reise in ein ferneß Land«, »Das zweite Deutschland. Ein Staat, der nicht sein darf«, »Die DDR ist keine Zone mehr«⁴ – das waren Bücher über die DDR, die schon im Titel auf jene politisch-ideologische Spannung Bezug nahmen, die die bundesdeutsche DDR-Forschung stimulierte. Diese Bücher informierten – mehr oder minder populär – über die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit »drüben«; sie plädierten für eine Erweiterung der eingeschränkten Beobachtungs- und engen Argumentationsbasis bei der Beschäftigung mit DDR-Fragen; und sie legten auch die politischen Konsequenzen nahe, die dann im Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR von 1972 ihren Ausdruck fanden. Die DDR wurde in der BRD zunehmend als eigenständiger Faktor und Akteur in der internationalen Politik zur Kenntnis genommen und respektiert – aus welchen Motiven heraus, ist hier nicht zu diskutieren⁵. Als symptomatisch erscheint jedoch bei einem Rückblick, daß der zunächst in der BRD in Aussicht genommene deutsch-deutsche Dialog mit der DDR sich auf eine Auseinandersetzung in der BRD zu beschränken schien. Nicht in der DDR, sondern in der BRD wurde ein Band mit Analysen zum Systemvergleich erarbeitet und veröffentlicht, der mit den »Materialien«, die die Bundesregierung in Auftrag gegeben hatte, konkurrieren wollte und der im großen und ganzen die Position der DDR hier vertrat⁶.

Zu einer alle politisch-theoretischen Positionen umfassenden wissenschaftlichen Diskussion über das Problem DDR ist es dann in der BRD allerdings nicht oder allenfalls in Ansätzen und indirekt gekommen. Disziplinspezifisch differenzierte Zugänge, unterschiedliche Problemstellungen und Ausgangslagen der Forschung dürften dazu beigetragen haben, daß die seit jeher mit DDR-Forschung befaßten Institutionen und Personen ihre Arbeit – teils mit veränderter Akzentuierung – fortsetzten⁷. DDR-Forschung war und ist in erster Linie gegenwartsorientierte sozial-, wirtschafts- und rechtswissenschaftliche Forschung, die die Beobachtung der laufenden Ereignisse und Verhältnisse zum Ziel hat und eventuell durch begründete Beurteilung und Prognose politisch zu wirken hofft.

Die Funktion öffentlicher Aufklärung und Willensbildungshilfe, die in der BRD sozialwissenschaftliche Untersuchungen (im weitesten) Sinne haben, scheint in der DDR zu einem erheblichen Teil der geschichtswissenschaftlichen Literatur zuzufallen⁸. Dies ist zwar nicht zuletzt durch die stärkere Historisierung bedingt, die die marxistisch-leninistische Ideologie als eine Komponente fast aller gesellschaftsbezogenen Literatur mit sich bringt; nichtsdestoweniger ist seit über 20 Jahren eine intensive Zeitgeschichtsforschung und -propaganda zu beobachten, deren leicht zu verkennendes Doppelziel die Legitimitätsbegründung für das Regime und die Loyalitätssicherung der Bevölkerung ist⁹. Dieser DDR-eigenen Geschichtsschreibung steht bisher keine entsprechend intensive Historiographie über die DDR in der BRD gegenüber, sieht man von dem Zeitabschnitt noch gesamtdeutscher Geschichte bis 1949 ab, der unter mehreren Aspekten auch für den Bereich der SBZ von bundesrepubli-

4 Marion Dönhoff / Rudolf W. Leonhardt / Theo Sommer, *Reise in ein ferneß Land*, Hamburg 1964; Ernst Richert, *Das zweite Deutschland. Ein Staat, der nicht sein darf*, Gütersloh 1964; Hanns Werner Schwarze, *Die DDR ist keine Zone mehr*, Köln 1969.

5 Siehe dazu u. a. *Die Ostpolitik der BRD. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen*, hrsg. von Egbert Jahn und Volker Rittberger, Opladen 1974; Richard Löwenthal, *Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik*, Stuttgart 1974.

6 *BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme*, Red. Bearb.: Gerhard Heß, Köln 1971; vgl. die Rezension in AFS XII, 1972, S. 858 ff.

7 Für die Neuakzentuierung siehe vor allem die wissenschaftssoziologischen Untersuchungen unten S. 605 ff.

8 Für den engeren Aspekt der »Politikberatung« siehe unten S. 607 ff.

9 Siehe dazu, knapp die DDR-Position referierend, u. a. Dieter Riesenberger, *Geschichte und Geschichtsunterricht in der DDR. Aspekte und Tendenzen*, Göttingen 1973, Abschnitt I.

kanischen Autoren untersucht wurde¹⁰. Zwar sind manche Probleme der DDR-Entwicklung von »westlichen« Sozialwissenschaftlern im Längsschnitt beschrieben worden, und auch manche Ereignisse haben aufmerksame Beobachtung gefunden¹¹, doch ein geschichtswissenschaftlichen Ansprüchen genügendes Gesamtbild läßt sich bisher aus diesen Veröffentlichungen nicht zusammenstellen. Der folgende Bericht fragt vor allem nach der Brauchbarkeit der vorgestellten Publikationen für eine solche Gesamtdarstellung der DDR-Geschichte, und er versucht, einige zu diesem Zweck grundsätzliche Probleme aufzuzeigen.

II. DDR-Geschichte als »kalkulierte Emanzipation« oder was sonst?

Einen ersten Versuch, die Gesamtentwicklung der DDR *historisch-systematisch* zu skizzieren, ohne an die Axiomatik und Funktion der institutionalisierten Geschichtsforschung der DDR gebunden zu sein, unternahm in der BRD *Rüdiger Thomas*¹². Vorangestellt ist dem »Analyse« betitelten Teil seines wohlfeilen Buches, das in einem zweiten Teil eine sorgfältige Zusammenstellung von Dokumenten, Statistiken und Kurzbiographien enthält, ein Kurzkapitel mit der Überschrift »Geschichte« (S. 11–26). »Eine Analyse der wesentlichen Strukturelemente der DDR wird nicht darauf verzichten können«, so leitet Thomas diesen Abschnitt ein, »die wichtigsten Momente ihrer Geschichte zu vergegenwärtigen, denn« (diese Begründung ist zu beachten) »das historische Bewußtsein ist in der DDR – im Unterschied zur BRD – eine entscheidende Komponente des politischen Selbstverständnisses, insofern die Entwicklung der DDR als folgerichtiges Resultat eines geschichtlichen Prozesses verstanden wird« (S. 11). Was dann folgt, ist ein Referat über die »historiographische Selbstinterpretation der DDR« (S. 11), die als weitgehend identisch begriffen wird mit dem »Selbstverständnis der SED« (S. 17) bzw. mit der sich wandelnden, von ihr propagierten Beurteilung der eigenen Rolle im Verlauf der Entwicklung.

Ein Unterabschnitt »Gesellschaftliches Bewußtsein« (S. 62–65) macht deutlich, daß das »historische Bewußtsein« bzw. Selbstverständnis bisher kaum empirisch faßbar ist und beschrieben werden kann, sondern spekulativ-argumentativ erörtert werden muß¹³. Bekannt sind die von den politischen Führungsinstanzen der DDR gesetzten Normen, die u. a. im staatsrechtlich-politischen Identitätspostulat ihren Ausdruck finden, und eventuelle Vorurteile der primär in diesem Buch angesprochenen Leser in der BRD. Hingewiesen wird darauf, daß die DDR-Gesellschaft beides, Normen und Vorurteile, nicht erfüllt (S. 62 f.) – wohl ein soziologischer Befund von unspezifischer Allgemeingültigkeit, beziehbar auf alle industrialisierten Gesellschaften.

Leider unterläßt es Thomas, darauf hinzuweisen, daß das »historische Bewußtsein« mithin kaum in den Formeln und Periodisierungsschemata adäquat wiedergegeben wird, die die DDR-Historiographie zur Erfassung der DDR-Geschichte bereitstellt¹⁴. Zur positiven Bestimmung des gesellschaftlichen Bewußtseins verweist Thomas vor allem auf Daten zur Sozialstruktur und zur wirtschaftlichen und bildungsökonomischen Entwicklung. Angeführt wird, daß ungefähr die Hälfte der Bevölkerung zu einer Generation gehört, »deren Er-

10 Zuletzt von *Frank Moraw*, *Die Parole der Einheit und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933 – 1948*, Bonn – Bad Godesberg 1973.

11 Siehe zum Beispiel neuerdings *Hans Georg Kiera*, *Partei und Staat im Planungssystem der DDR. Die Planung in der Ära Ulbricht*, Düsseldorf 1975; für die laufende Beobachtung siehe vor allem die Zeitschrift: *SBZ-Archiv* (1949 ff.), ab 1968: *Deutschland-Archiv*.

12 Siehe oben Anm. 1.

13 Untersuchungen wie die von *Dieter Voigt*, *Montagearbeiter in der DDR. Eine empirische Untersuchung über Industrie-Bauarbeiter in den volkseigenen Großbetrieben*, Darmstadt/Neuwied 1973, sind eine seltene Ausnahme; die Studie bezieht sich auf die Mitte der 60er Jahre.

14 Siehe dazu unten S. 594 f.

fahrungshorizont mit der Entwicklung der DDR zusammenfällt« (S. 65). Von diesem Befund, der auch für das »historische Bewußtsein« durchaus bedeutsam, doch als solcher nicht ausgewiesen ist, wird dann geschlossen, daß es Bereiche gibt, in denen von einer »vertikalen und horizontalen Kooperationsolidarität« (Richert) und »partiellen Interessenidentität« (Ludz) zwischen politischer Führung und Bevölkerung gesprochen werden kann. Wieweit diese besonders auf die »materiellen Lebensverhältnisse« bezogene *Interessenkongruenz* – davon wäre wohl angesichts des am dualistischen Prinzip (Staat/Gesellschaft bzw. Führung/Bevölkerung) orientierten Analysenansatzes zweckmäßiger zu reden – und die sowohl daraus als auch aus den Bedingungen und der Organisation der Produktion ableitbaren Solidarisierungseffekte ausreichen, um der DDR-Gesellschaft die von der derzeitigen politischen Führung behauptete Qualität der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft«¹⁵ zu bescheinigen, bleibt jedoch zu Recht offen; denn das diese Gesellschaft kennzeichnende Bewußtsein ist – wie gesagt – empirischer Forschung noch weitgehend entzogen.

Angesichts dieses Dilemmas gewinnt die Wahl und Verknüpfung der beschreibbaren Entwicklungsaspekte erhöhte Bedeutung. Man wird in den Abschnittsüberschriften »Das politische System«, »Gesellschaft«, »Wirtschaft«, »Bildung und Kultur« jene Tendenz zur Pragmatik der Analyse und Deskription sehen können, die – aus unterschiedlichen Gründen – sowohl das Spektrum der DDR-Selbstdarstellungen als auch der Fremdbeurteilungen kennzeichnet. Die Problematik solcher Einteilung des politisch-sozialen Systems in Sektoren und Segmente, deren jeweils ansatzweise geschilderte Genesis dem uninformierten Leser als so gut wie autonom erscheinen kann, wird deutlich, wenn im Abschnitt »Gesellschaft« unter dem Rubrum »Sozialstruktur« festgestellt wird, »daß die Bildungsqualifikation in der DDR zum entscheidenden Kriterium für die gesellschaftliche Statuszuweisung geworden ist und als ausschlaggebender Faktor für die vergleichsweise hohe Mobilität anzusehen ist« (S. 56), und im Abschnitt »Bildung und Kultur« einleitend u. a. bemerkt wird, das bestehende Bildungssystem sei »unter dem permanenten Druck eines beträchtlichen Arbeitskräftemangels« entwickelt worden; es diene zugleich als gesellschaftspolitisches Instrument zur Herstellung »neuer gesellschaftlicher Chancengleichheit« und nehme ferner »Aufgaben politischer Sozialisation« wahr, »die auch für die Kulturpolitik der DDR eine entscheidende Bedeutung besitzen« (S. 82). Ob die letztgenannte Aufgabenverbindung hinreichend rechtfertigt, »Bildung und Kultur« zusammenfassend zu beschreiben, erscheint bereits auf Grund des hier Referierten zumindest in historischer Perspektive fragwürdig. Eine entsprechende Frage drängt sich auf, wenn im Abschnitt »Das politische System« (S. 27–53) im Teil »Produktionsdemokratie« (S. 43–45) auf die 1967 erfolgte Einrichtung von »Produktionskomitees« in den Großbetrieben hingewiesen wird (S. 44), diese aber nicht in den Zusammenhang des zu dieser Zeit eingeführten »Ökonomischen Systems des Sozialismus« (ÖSS), das im Abschnitt »Wirtschaft« (S. 66–81) unter »Funktionsweise des Wirtschaftssystems – Reformen« (S. 74–76) erläutert wird, gestellt werden und auch entsprechende Verweise fehlen. Als letzter Punkt sei die Zuordnung des Bereichs »Außenwirtschaftsbeziehungen« zum Abschnitt »Wirtschaft« angeführt (S. 78–81); die bei dieser Gelegenheit (S. 79) erwähnte gesamtwirtschaftlich wichtige Funktion von Handelsverträgen wird im Abschnitt »Außenpolitik« (S. 96–115), der die Schilderung diplomatischer Bemühungen und Kontakte mit völkerrechtlicher Qualität enthält, die sich lange Zeit zu einem Großteil auf Handelsabkommen bezogen bzw. sich zumindest hinsichtlich der Verbindungen zu den Ländern außerhalb des »Ostblocks« darin erschöpften, nicht wieder thematisiert.

15 Dazu auch unten S. 598, 602; für die Eigeninterpretation siehe *Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Wesen und Kriterien, Kritik revisionistischer Konzeptionen*, (Hrsg. :) Akademie für Gesellschaften beim ZK der KPdSU, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 2. Aufl., Berlin – DDR 1976.

Solche Detailbeobachtungen lassen erkennen, daß die hier gefundene Lösung des Darstellungs- und Kompositionsproblems nach wie vor dazu tendiert, die für den angestrebten Lernprozeß gegebenen Informationen nach Denkmustern zu organisieren, die für die Analyse und Beschreibung der BRD und anderer bürgerlicher Staaten und Gesellschaften gebräuchlich und aus der Tradition der politischen Theorien liberaler Provenienz zu erklären sind. Diese Denkmuster jedoch gelten in der Selbstinterpretation der DDR als historisch überwunden (vgl. S. 32 ff.), und es ist zu fragen, ob nicht mit ihrer Verwendung gerade jene politischen Dispositionen für die DDR-Analyse gestärkt werden, die mit dem als preisgegeben bezeichneten, »denunziatorisch gemeinten Totalitarismuskonzept« (S. 7) verbunden waren, das schon in den 60er Jahren von P. C. Ludz in Frage gestellt wurde¹⁶: »Die in der DDR vollzogenen gesellschaftspolitischen Prozesse können durch den Begriff der *kalkulierten Emanzipation* charakterisiert werden. Es ist einerseits unverkennbar, daß im politischen System der DDR weithin ein Machtsicherungsinteresse dominiert, das gesellschaftliche Eigendynamik zu kanalisieren trachtet und mit der Formel einer prinzipiellen Interessenidentität die eigene Führungsfunktion legitimiert. Gleichzeitig kann man nicht übersehen, daß durch die Gesellschaftspolitik der DDR eine wesentliche Vergrößerung der Chancengleichheit erreicht worden ist, eine erhebliche soziale Mobilität besteht und eine Reihe von Maßnahmen [...] als Beiträge zur Erweiterung der Selbstbestimmung gewertet werden können [...]. Der dort realisierte sozialstrukturelle Transformationsprozeß, dessen Grundbedingung die weitgehende Enteignung des Privateigentums an Produktionsmitteln war, blieb jedoch gegenüber seinem emanzipatorischen Anspruch einer Befreiung der Individuen von gesellschaftlichen Zwängen auf halbem Wege stecken [...]. Soll sozialistische Demokratie nicht Herrschaft um ihrer selbst willen sein, sondern die freie Vereinigung solidarischer Produzenten, muß die Macht der Emanzipation das Kalkül der Macht überwinden. In der DDR bleibt die Aufgabe gestellt, das Verhältnis von Herrschaft und Selbstbestimmung gemäß der uneingeschränkten Geltung der Idee der Freiheit theoretisch und praktisch zu konkretisieren« (S. 117 f.).

Formuliert man diese Sätze in institutionen- und handlungsbezogene Aussagen um, was sich wegen der dem Prozeß zugesprochenen Subjektqualität ohnehin anbietet, so ergibt sich die Entwicklung der DDR als Ergebnis der Kalkulationen und politischen Maßnahmen der SED, die in der eigenen Organisation und besonders in der Führung den Konflikt zwischen Ideologie bzw. Programm, zu denen Emanzipation als unbestimmter, gleichwohl die institutionelle Existenz in Frage stellender Zielwert gehört, einerseits und Herrschaftsfunktionen andererseits bewältigen muß. Daß eine Verschiebung der Konfliktpotentiale in der von Thomas angedeuteten Richtung – die Realisierung der Überwindung des Machtkalküls durch Emanzipationsbestrebungen im Rahmen einzelstaatlicher Entwicklung bleibt dabei Utopie¹⁷ – von mehr als den von Thomas skizzierten DDR-immanenten Momenten abhängt, kann nach den Erfahrungen, die 1968 in der CSSR gemacht wurden, wohl kaum bestritten werden. Nicht zuletzt die DDR-Historiographie als Dokumentation des »historischen Bewußtseins« der DDR ist hier, wie zu zeigen sein wird, verkürzt rezipiert.

Nichtsdestoweniger sind in Thomas' kurzem Überblick die Probleme der auf »wissenschaftlicher Grundlage« zu vermittelnden Kenntnisse über die DDR eher angedeutet als in dem diesen Anspruch schon auf dem Einband verkündenden Buch von Kurt Sontheimer und Wilhelm Bleek¹⁸, die als nichtparteiliche Politikwissenschaftler ein »wirklichkeitsge-

16 Peter Christian Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, in: *Wege der Totalitarismus-Forschung*, hrsg. von Bruno Seidel und Siegfried Jenker, Darmstadt 1968, S. 532 – 599 (zuerst 1964).

17 Diese Begrenzung sozialhistorisch-systematischer Analyse wird meist übersehen.

18 Kurt Sontheimer / Wilhelm Bleek, *Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*, Verlag Hoffmann und Campe, 3. Aufl., Hamburg 1972.

treues Bild vom Staatswesen DDR« vermitteln wollen. Für sie stellt sich die historische Selbstdarstellung der DDR vor allem als Problem der ›Übersetzung‹ in ein anderes, der BRD für angemessen gehaltenes »politisches Verständnis«, das sie ihrem Wissenschaftsbegriff zuordnen. An dieser Wendung vom »politischen Verständnis«, die erkenntnistheoretische und Wertpositionen als ort- und situationsgebunden begreift, zeigt sich, wie schwer die Basis rationalen Arguments selbst in der Wissenschaft zu gewinnen ist.

Im Rahmen solcher Übersetzungshilfe erscheinen allerdings die Erläuterungen über »Die Funktion der Ideologie im DDR-System« (S. 48–50) zunächst hinreichend, wenn es heißt: »Die herrschende Ideologie liefert also das geistige Gerüst, das es dem Bürger erlauben soll, seine verschiedenen sozialen Rollen richtig zu begreifen und diesem Verständnis entsprechend bewußt sozialistisch zu handeln. Mit den konkreten Problemen der Bewältigung des Alltags ist dieser ständig präsente ideologische Rahmen oft nur lose vermittelt, aber er schafft gleichwohl eine Atmosphäre, ein Medium der Sprache, ein Schema der persönlichen Orientierung, das in die konkrete Lebenswirklichkeit des einzelnen hineinreicht« (S. 49 f.). Wenn es dann jedoch darum geht, »das politisch-ideologische Selbstverständnis« (S. 50–63) zu beschreiben, fehlt es an ausreichender Konkretion. Im Unterschied zu Thomas gehen Bleek und Sontheimer zwar vom ›globalen Zusammenhang‹ aus (S. 50–52), der nicht zuletzt der DDR-Historiographie zu Kategorien der Beurteilung der DDR-Entwicklung verhelfe; jedoch z. B. ein Begriff, mit dem seit einigen Jahren in der DDR der von den Autoren registrierte Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus »im Weltmaßstab« beschrieben und von dem die Position der DDR im historischen Zusammenhang *auch* bestimmt wird, der Begriff des »sozialistischen Weltsystems«, findet sich nur im Referat über die Ideologie (S. 60) sowie in der Schilderung der »Außenbeziehungen« und der »Sicherheitspolitik« (S. 219–240), jedoch nicht dort, wo er nicht zuletzt eine analytisch hilfreiche Formel hätte sein können: im Kapitel über das Wirtschaftssystem der DDR (S. 190–218), speziell im Abschnitt über den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (S. 217 f.)¹⁹. Obwohl eingangs auf ökonomische Interessen als Ausgangspunkt der deutschen Teilung hingewiesen wurde, erscheint der RGW/COMECON allein als Ausdruck wirtschaftlicher »Koordination« »im Rahmen der politischen Blockbildung« (S. 217). Die oben angeführte, von den Autoren zu Recht betonte Unbestimmtheit der Ideologie erfordert es, gerade zum Zwecke der Ermittlung des historischen Selbstverständnisses – daß dies ideologisch ist, ergibt sich aus der zitierten Funktionsbeschreibung der Ideologie – auf die aktuellen konkreten Ausprägungen einzugehen, wie die Autoren es z. B. bei der Darstellung der Diskussion um »die deutsche Nation in der Sicht der DDR« (S. 243 ff.) ansatzhaft tun.

Das Dilemma, das historische Selbstverständnis der DDR fast nur an ihren normgebenden Selbstdarstellungen erkennen zu können, muß zwangsläufig zu Simplifizierungen führen, und man kann darüber streiten, in welchem Maße sie angesichts des Übersetzungsanspruchs jeweils vertretbar sind. Zweifellos würde es den Rahmen einer Einführung in das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche System der DDR für Laien sprengen, wenn die Feinheiten der Periodisierungsdiskussion, die seit 1955 unter DDR-Wissenschaftlern geführt wird²⁰, ausgebreitet würden. Andererseits handelt es sich schlicht um falsche Berichterstattung, wenn die Autoren schreiben, daß »die sozialistische Gesellschaft, die nach der Selbstdarstellung der DDR heute bereits eine Realität ist [. . .] als das Produkt zweier Revolutionen [gilt], die sich innerhalb von zwanzig Jahren vollzogen haben« (S. 52). Wenn in der

19 Als grundlegende Selbstdarstellung des wirtschaftlichen Aspekts des »sozialistischen Weltsystems« siehe *Sozialistisches Weltwirtschaftssystem*, 3 Bde., Berlin – DDR 1968.

20 Für die Anfänge siehe *Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik*. Protokoll der theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 11. bis 14. März 1955, Berlin – DDR 1955, S. 17 ff.

Folge dann angedeutet wird, daß die beiden Revolutionen als ein revolutionärer Prozeß zu begreifen sind, dann könnte damit einer von der zitierten Darstellung abweichenden Auffassung das Wort geredet sein – einer Auffassung, die der gegenwärtig in der DDR geltenden Position eher Rechnung trägt²¹. Diese in ihrer Differenziertheit allerdings nicht referierte Position wäre auch geeignet, offensichtliche Ungereimtheiten zu verhindern, die sich in der Beschreibung der Revolutionen finden: »Die *erste Revolution* wird als die demokratische bezeichnet, weil durch das Zusammenwirken der revolutionären Arbeiterklasse und der Bauern in Verbindung mit den bürgerlichen antifaschistischen und demokratischen Kräften der Faschismus, der Militarismus und *der Kapitalismus* samt ihren gesellschaftlichen Machtpositionen im Lande ein für allemal *beseitigt* worden seien. An diese erste Revolution schloß sich dann die *zweite*, die eigentlich sozialistische *Revolution* an. Sie erst *brachte die Liquidierung des kapitalistischen Systems* und die volle Entfaltung der Arbeiter- und Bauernmacht« (ebda., Hervorhebung von mir – A. S.). Wie nun? – Was die Autoren offensichtlich als ihre eigene Synthese solcher Ungereimtheiten anbieten, könnte durchaus auch als Teil der in der DDR vertretenen Auffassung ausgewiesen werden: »Man kann die von der DDR vorgenommene Periodisierung ihrer bisherigen Geschichte leichter verständlich machen, indem man sie schlicht als Entfaltungsprozeß eines neuen politischen Systems versteht. In der ersten Phase (bis 1949) ging es um die Schaffung der Fundamente des Systems durch die sogenannte antifaschistisch-demokratische Umwälzung, in der zweiten (1949–1961/62) um seine machtpolitische Durchdringung, in der dritten (seit 1961/62) um seinen zielstrebigsten Ausbau« (S. 57). Allerdings begreifen die Historiker und Gesellschaftswissenschaftler der DDR diese Prozesse als Entfaltung bzw. – in stärkerer Berücksichtigung aktiver Komponenten – als »Herausbildung« neuer politisch-sozialer Verhältnisse bzw. eines für das Gebiet der DDR historisch neuen Gesellschaftssystems²². Diese Argumentation, die das politische System als Funktion der ökonomisch-historischen Verhältnisse begreift, entzieht das politische System willkürlicher Setzung – eine wissenschaftstheoretische Position, die auch der »bürgerlichen« Politikwissenschaft nicht völlig fremd ist²³.

Solche Detailprobleme können die Schwierigkeiten der Übersetzungsaufgabe nur andeuten; sie können jedoch davor warnen, Schlußfolgerungen wie die folgende für brauchbare Münze zu halten: »Die ideologische Gleichschaltung in der DDR ist wirksam genug, anderen als den beschriebenen Periodisierungen keinen Raum zu geben; auch die Terminologie steht fest und wird der jeweiligen Parteilinie gemäß stereotyp verwandt. An der objektiven Richtigkeit der durch die marxistisch-leninistische Ideologie vorgegebenen Perspektiven der historischen Gesetzmäßigkeit der Entwicklung wird nicht gezweifelt, denn »die marxistisch-leninistische Einschätzung des Inhalts unserer Epoche ist die exakte theoretische Widerspiegelung der objektiven Realität in der heutigen Welt« [. . .]. Das soll heißen: So wie die Ideologie sagt, daß es sei, so ist es auch in Wirklichkeit« (S. 57 f.).

Schon die Beachtung der oben zitierten Charakterisierung der Ideologie und ihrer Funktionen hätte diese Aussage verbieten müssen. An solchen Äußerungen wird deutlich, daß das in den 50er Jahren im Westen nahezu unbestrittene Totalitarismuskonzept in seiner denunziatorischen Tendenz nach wie vor zur Interpretation der DDR-Verhältnisse benutzt wird, ohne daß Mühe darauf verwandt wird, an den für die Analyse brauchbaren Komponenten des Konzepts anzusetzen²⁴. Allein das hier zitierte Beispiel läßt erkennen, daß der verwandte Ideologie-Begriff nicht abgelöst von der Diskussion gesehen werden darf, die

21 Siehe dazu die unten in Anm. 32 und 42 genannten Bücher.

22 Siehe dazu z. B. die auf die Rolle und Funktion des Staates zugeschnittene Übersicht von *Karl-Heinz Schöneburg*, Staat und Recht in der Geschichte der DDR, Berlin – DDR 1973.

23 Siehe die neueren Diskussionen um Interventions- und Wohlfahrtsstaat z. B. in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderhefte 6 und 7, 1975 und 1976.

24 Siehe dazu die Arbeit von *Peter Christian Ludz*, Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Parteiführung, Köln/Opladen 1968.

zumindest in den politischen, aber auch in den wissenschaftlichen Institutionen der DDR geführt wird²⁵.

Als Einführung in DDR-Probleme in einigen Teilen geeigneter als die Darstellung von Bleek und Sontheimer ist das von sechs Autoren (jeweils in Einzelverantwortung) geschriebene Elementarbuch »DDR. Das politische, wirtschaftliche und soziale System«²⁶. Besonders die Abschnitte des Fünften Teils (»Das politische System«), in denen *Theo Stammen* eine »Einführung in das kommunistische Selbstverständnis von Staat und Verfassung« (S. 171–181) gibt, die Verfassungsentwicklung und das seit 1968 bestehende »Verfassungssystem« (S. 193–212) beschreibt und interpretiert, sind hilfreiche Anleitungen für forschendes Lernen, das die Beschäftigung mit der DDR in Studium und Lehre sein sollte. Allerdings setzt der verfassungs- und politiktheorie-geschichtliche Zugang, den Stammen wählt (Rückführung der DDR-Verfassungen auf die Frankreichs von 1793 und die der Sowjetunion von 1936), erhebliche Vorkenntnisse voraus. Dagegen kann der Vierte Teil »Die sozialistische Wirtschaft« (S. 121–170), verfaßt von *Werner Bröll* und von ihm mit einem umfangreichen Tabellenanhang versehen, allenfalls der Information und Erinnerung des im Prinzip Sachkundigen dienen. Vor allem kommt gerade in diesem für das »sozialistische« Selbstverständnis der DDR zentralen Bereich die Dokumentierung dieses Selbstverständnisses zu kurz – die Dokumentierung, die Stammen als unerlässlich für die zeitgeschichtliche Betrachtung bezeichnet (S. 18 f.).

Freilich bleibt auch für Stammen dieses Selbstverständnis ein unbewältigtes Problem. Dies wird deutlich, wenn er im Ersten Teil, den seine »Kurze Skizze der Geschichte der SBZ und DDR von 1945 bis zur Gegenwart (1972)« (S. 17–52) füllt, versucht, sein Periodisierungsschema zu begründen. Er stellt zu diesem Zweck die im SED-Programm von 1963 und vom DDR-Historiker *Stefan Doernberg* 1968 vorgenommenen Periodisierungen vor und konfrontiert sie mit der vom BRD-Historiker *Ernst Deuerlein* 1971 gegebenen^{26a}. Den in den Publikationen aus der DDR getroffenen Markierungen spricht er keineswegs ab, daß sie »objektiv als wichtige Epocheneinschnitte in der deutschen Geschichte seit 1945 zu begreifen sind« (S. 23); die dort gegebenen historischen Gliederungen besäßen zwar »ein sachliches Fundament«, und die damit verbundenen »ideologischen und systemimmanenten Deutungen und Interpretationen der Geschichte im Hinblick auf die Etablierung des Sozialismus und Kommunismus« seien zwar bei der »Behandlung der einzelnen Phasen zu diskutieren«; jedoch: »Es kann nicht angehen, daß wir die inhaltlichen Bestimmungen dieser einzelnen Epochen der DDR-Geschichte, wie sie etwa bei *Doernberg* vorliegen, ohne weiteres übernehmen« (ebda.). Eine Begründung für diese Zurückweisung wird nicht geliefert.

Vergleicht man die angeführten Gliederungen miteinander, so zeigt sich, daß die Einteilung *Deuerleins*, der *Stammen* sich anschließt, keineswegs »historisch neutralere Bestimmungen« enthält, auch nicht »notfalls sehr formale, die [...] erst im Laufe der Darstellung aufgrund der gegebenen Deutung der historischen Vorgänge in der DDR mit konkreterem Inhalt« gefüllt werden, wie *Stammen* behauptet. Es sind schlicht unterschiedliche Aspekte, die hier die Einteilung bestimmen. Die Periodisierung von seiten der DDR-Historiker versucht, die durchlaufene sozialökonomische Entwicklung und das diesbezügliche gesellschaftliche Handeln zu beschreiben und zu gliedern (z. B. »Die Erhaltung des Friedens und der Sieg der

25 Vgl. dazu die Verwendung des Begriffs »sozialistische Menschengemeinschaft« bei *Sontheimer/Bleek*, S. 136 und 141, und die Bemerkungen bei *Riesenberger* (Anm. 9), S. 27 ff.

26 *DDR. Das politische, wirtschaftliche und soziale System*, hrsg. von *Heinz Rausch* und *Theo Stammen* unter Mitarbeit von *Werner Bröll*, *Irma Hanke*, *Herbert Maier*, *Bernhardt von Rosenblatt*, 2. überarb. Aufl., Verlag C. H. Beck, München 1974.

26a *DDR. 1945 – 1970. Geschichte und Bestandsaufnahme*, hrsg. von *Ernst Deuerlein*, 3., durchges. und wesentlich erw. Aufl., München 1971, und *Stefan Doernberg*, *Kurze Geschichte der DDR*, 3. Aufl., Berlin – DDR 1968.

sozialistischen Produktionsverhältnisse [1956–1961]«), während für Deuerlein allein Entscheidungsdaten im Bereich der politischen und Staatsführung und der internationalen Politik das Geschichtsgestütze liefern (z. B. »Von der Konstituierung bis zur endgültigen Ostintegration der DDR [1949–1955]«). Da Stammes die größere Relevanz der Deuerleinschen Einteilung nicht begründet – dies wäre wohl nur durch eine bisher ausstehende Kausalanalyse möglich –, sondern, im Gegenteil, sich der Interpretation Doernbergs z. T. polemisch-demonstrativ anschließt (vgl. bes. S. 33), wird man Stammes Versuch, dem BRD-Leser das Selbstverständnis der DDR im Kontext der zeitgeschichtlichen Betrachtung zu vermitteln, kaum als gelungen bezeichnen können. Die angegebenen Einschnitte (1949, 1955, 1961, 1969) finden nicht einmal im recht ausführlichen Sechsten Teil »Außenpolitik und internationale Beziehungen« von *Bernhard von Rosenblatt* (S. 247–291) die entsprechende Würdigung.

Solche und ähnliche Kritik läßt sich gegen den Zweiten Teil »Sozialstruktur« von *Irma Hanke* nicht vorbringen, in dem auf knapp 30 Seiten (S. 53–82), geschrieben auf der Basis sicherer Problem-, Literatur-, Analyseansatz- und Methodenkenntnis und einer ungewöhnlichen Fähigkeit, soziologischen Fachjargon in allgemeinverständliche Diktion umzusetzen, die bisher wohl beste Kurzdarstellung dieses komplexen Themas vorliegt. Erreicht wird dies durch eine pragmatische Verknüpfung älterer (»Revolution von oben«) und neuerer (»Elite«, »Laufbahngesellschaft«) Kategorien politisch-soziologischer Analyse der DDR mit empirischen Befunden sowie Untersuchungsansätzen und Problemstellungen marxistisch-leninistischer Gesellschaftswissenschaft (Klassenanalyse, Bündnispolitik, Rolle der Intelligenz). Mit den hervorgehobenen Abschnitten »Die Stellung der Frau«, »Die Familie im sozialistischen Staat« und »Die Jugend« (S. 67–78) sind zudem Problembereiche angesprochen, die für die Gesellschaftspolitik in der DDR zentral sind. Zusammen mit den im Dritten Teil (»Die politische Kultur«, S. 83–120) gegebenen Informationen u. a. über »Die gesellschaftliche Bedeutung des Betriebes«, »Das System der Massenkommunikation«, »Erziehung und Ausbildung in der DDR« bietet sich hier ein Bild der gegenwärtigen Verhältnisse in der DDR und ihrer Entstehung, das plausibel erscheint, ohne sich in gängigen Pauschalierungen zu erschöpfen.

Erinnerungen an solche Pauschalvorstellungen werden provoziert, wenn *Hans Rausch* in der Einleitung (S. 13–16) als erste von »drei Grundtatsachen sozialistischen Staatsaufbaus und sozialistischer Politik« hervorhebt: »Sozialistische Demokratie und freiheitlich-demokratische im westlichen Verständnis sind unvereinbar und unvergleichbar. Sie unterscheiden sich anthropologisch bereits in der Auffassung des Menschen als Kollektivwesen einerseits, als frei gestaltendes, aber sozialen Bindungen unterliegendes Individuum andererseits« (S. 15). Abgesehen davon, daß sich diese Auffassung kaum in der aktuellen marxistisch-leninistischen Philosophie dokumentieren ließe – bezeichnenderweise wird hier ein Hinweis auf weiterführende Literatur nicht gegeben –, diskreditieren solche allenfalls an Fragen aus der Zeit des Kalten Krieges orientierte Feststellungen²⁷ erklärtermaßen den Anspruch, den alle bisher genannten neuen Publikationen stellen: nicht primär der Bestätigung der eigenen Position zu dienen (vgl. S. 13 f.).

Die »zweite Grundtatsache« kann diese Tendenz weiter verdeutlichen: »Das sozialistische Prinzip des »demokratischen Zentralismus« widerspricht mit seiner Machtzusammenballung dem westlichen Verständnis der Machthemmung und Kontrolle« (S. 15). *Irma Hanke*

²⁷ Vgl. z. B. *J. M. Bochenski O. P.*, Die kommunistische Ideologie und die Würde, Freiheit und Gleichheit der Menschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. 6. Aufl., Bonn 1963 (1. Aufl. etwa 1956); siehe dagegen z. B. schon die 1957 erschienene Schrift von *Iring Fetscher*, Die Freiheit im Lichte des Marxismus-Leninismus, 4. Aufl., hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1963, und die Übersicht bei *Peter Christian Ludz*, Offene Fragen in der Totalitarismus-Forschung, in: *Wege der Totalitarismus-Forschung* (Anm. 16), S. 466 – 512, bes. S. 502 ff. (zuerst 1961).

(S. 79) und – andeutungsweise – auch Theo Stammen (S. 184) weisen darauf hin, daß dieses Prinzip der DDR-Verfassung, -Willensbildung und -Regierung durchaus einer Variante »westlichen« Demokratieverständnisses entspricht. Die Einsicht, daß der Rekurs auf Rousseausche Demokratietheorie, auf die sich der »demokratische Zentralismus« zurückführen läßt, nicht notwendig totalitäre Herrschaft impliziert, ist mittlerweile sogar in wissenschaftliche Studienbücher des »Westens« eingegangen²⁸. Das Prinzip des »demokratischen Zentralismus« kann auch auf effektivere demokratische Beteiligung und Machthemmung zielen, solange es nicht zur Legitimationsideologie für eine Praxis dient, die auf die Bewahrung gegebener Machtkonzentration und ihre Stärkung gerichtet ist. M. a. W.: Nicht das *Prinzip* des »demokratischen Zentralismus«, sondern eine ihm nicht adäquate *Praxis* kann allein Gegenstand hier angemessener Kritik sein. Wenn schließlich Rausch den oben zitierten Satz illustriert mit der Bemerkung: »Der Herrschaftsanspruch einer Partei steht im Gegensatz zum westlichen Grundsatz, daß Demokratie Herrschaft auf Zeit ist« (ebda.), dann werden hier Dinge miteinander in Verbindung gebracht, die zunächst einmal nichts miteinander zu tun haben. »Herrschaft auf Zeit« und »Wechsel der regierenden Parteien« sind ja keineswegs notwendig aufeinander bezogen. Auch die Amtsführung der SED- oder DDR-Spitze ist zweifellos Herrschaft auf Zeit, zu streiten wäre über die Reichweite der erteilten Legitimation für diese Amtsführung.

Insgesamt wird hier ein Mangel an Reflexion der Prinzipien und Normen des politischen Systems der DDR deutlich, der auch als Ausblendung bestimmter Interpretationen der Normen der BRD beschrieben werden kann²⁹. Nicht zuletzt äußert sich in der Beschreibung des »westlichen« Verständnisses von Demokratie eine anti- oder apolitische Interpretation der Demokratie, die in der »dritten Grundtatsache« noch klarer formuliert wird: »Die Politik der »friedlichen Koexistenz« ist für die marxistisch-leninistische Lehre keine Form des friedlichen Nebeneinanderlebens der Völker und Staaten, sondern eine andere Form des Klassenkampfes. Die friedliche Koexistenz schließt zwar den Krieg als Mittel der Politik aus (Befreiungskriege ausgenommen), ist aber »ökonomischer, politischer und ideologischer Klassenkampf«. »Sie bedeutet nicht den Kampf der Werktätigen gegen das Kapital [...] Sie schafft vielmehr günstige Bedingungen, um diesen Kampf erfolgreicher zu führen.« (ebda., Zitate aus *Kleines politisches Wörterbuch*, 2. Aufl., Berlin-DDR 1973).

Postuliert wird hier, daß »westliches« Verständnis von Außenpolitik auf die Stabilisierung des jeweiligen Status quo gerichtet ist – eine Tatsache, die zu konstatieren gerade angesichts der öffentlichen Diskussion über Motive und Ziele der bundesdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Texte wohl kaum berechtigt ist³⁰. Kritisiert werden könnte sinnvoll allenfalls, ob die friedliche Koexistenz als eine Form einer den internationalen Status quo verändernden Politik zugleich als Form des Klassenkampfes beschrieben werden kann. Dies setzt voraus zu prüfen, ob der DDR die Qualität einer sozialistischen Gesellschaft berechtigterweise zugesprochen werden kann. Dieser Diskussion jedoch entziehen sich sämtliche bisher betrachteten und fast alle noch zu referierenden Publikationen. Soweit es sich um DDR-Veröffentlichungen handelt, ergibt sich für sie, wie zu berichten sein wird, in diesem Punkt überhaupt keine diskussionswürdige Problematik, und die »westlichen« Darstellungen verweisen sie in den Bereich des Selbstverständnisses, der Ideologie, die als ganze nur Gegenstand kritischer Beschreibung, nicht aber diskussiver Auseinandersetzung ist³¹.

Solche Haltung nicht nur der wissenschaftlichen Publizistik in der BRD hat Tradition. Sie

28 Siehe z. B. *Martin Greiffenhagen*, Einleitung, in: *ders.* (Hrsg.), *Demokratisierung in Staat und Gesellschaft*, München 1973, S. 11 – 41, bes. S. 23.

29 Für diese diffizile Problematik siehe den verschiedene Ansätze diskutierenden Aufsatz von *Hermann Scheer*, *Innerorganisatorische und innerparteiliche Demokratie*, ebda., S. 140 – 170.

30 Siehe dazu Anm. 5.

31 Eine Ausnahme bildet die durch die in Anm. 84 und 102 genannte Literatur vertretene Position.

ist charakterisiert durch Mangel an Reflexion auf die historischen, d. h. auch auf die ökonomischen und nicht zuletzt darauf gestützten theoretischen Grundlagen des eigenen und durch die – ein Moment der Respektierung einschließende – Abwehr des anderen politischen Systems und hat im Zusammenhang einer Politik, die sich in ähnlicher Weise beschreiben ließe, zur Festigung eines Geschichtsbildes in der DDR beigetragen, das unter zwei Aspekten interessant erscheint: einmal im Blick darauf, was es an Berichtens- und Erinnerungswertem enthält, zum andern im Blick darauf, welche generellen Fragen sich damit beantworten lassen. Die neue populäre Darstellung der DDR-Geschichte »DDR. Werden und Wachsen« aus dem Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, herausgegeben zum 25jährigen Jubiläum der DDR, kann für solches Interesse aufschlußreiche Hinweise liefern³². »Wie kam es zur Gründung der DDR? Wie war ihr Aufstieg möglich, was sind die Quellen ihrer Kraft? Warum gelang es dem Imperialismus nicht, den Sieg des Sozialismus in der DDR und die internationale Anerkennung des Arbeiter- und Bauernstaates zu verhindern?« (Vorbemerkung, S. 5). Zur Beantwortung dieser im In- und Ausland oft gestellten Fragen wollten die Autoren sich »auf grundlegende Ereignisse und Prozesse der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft« konzentrieren; ferner seien sie »dabei vor allem bemüht gewesen, die schöpferische Rolle des werktätigen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei zu verdeutlichen« (ebda.).

Das Ergebnis dieser Anstrengungen ist schwer eindeutig zu klassifizieren. Die Darstellung ist eher chronologisch-narrativ, weniger analytisch gehalten; bündige Antworten auf die gestellten Fragen werden nicht gegeben. Wie schon die zuletzt zitierte programmatische Bemerkung verdeutlicht, scheint eine Tendenz zum erzählerischen Pragmatismus die zuvor stärker auf geschichtsphilosophisch-ideologische und politische Beweisführung angelegte Geschichtsschreibung abgelöst zu haben.

Dies gilt insbesondere für den von *Siegfried Thomas* geschriebenen Ersten Teil des Buches, in dem die Jahre 1945–1949, der in seinen Einzelheiten trotz großer Lücken bisher am genauesten erforschte und wegen seiner Verflochtenheit mit dem gesamtdeutschen und internationalen Geschehen am schwierigsten darzustellende Abschnitt der SBZ/DDR-Geschichte, skizziert werden. Erst im Verlauf der Lektüre wird in diesem Teil das interpretatorische Grundmuster deutlich: »Revolutionäre Umwälzung« (Bodenreform, Vereinigung der Arbeiterparteien, Entprivatisierung der Industrie), initiiert von den Kommunisten und gestützt und gefördert durch die sowjetische Besatzungsmacht in der SBZ; in den Westzonen dagegen zunächst nur zögerndes Befolgen und dann Bruch der Potsdamer Übereinkunft durch die Westmächte, die die »Restauration« förderten – ein Prozeß, den die westdeutsche Sozialdemokratie durch ihre »Spaltungspolitik« (in bezug auf die organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung) erleichtert habe. Der epische Duktus der Darstellung, die ausführliche Beschreibung sozialer und wirtschaftlicher Situationen und der zeitgenössischen politischen Argumentationen sowie das Anknüpfen an bisher zumindest in der Populärliteratur nicht sonderlich intensiv gepflegte Erinnerungen (z. B. an die Demontagen der zweiten Gleise mancher Eisenbahnlinien, S. 48 f.) verdecken dabei Widersprüche und ungeklärte Tatbestände. Wie z. B. ist das Verhalten der SED bei der Initiative für die »Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden« zu erklären, wenn für Thomas die »Würfel« gegen die Einheit Deutschlands bei Beginn der Tagung des Rates der Außenminister der vier Besatzungsmächte Mitte November 1947 bereits »gefallen« waren (S. 115)? Hat die SED diese Situation damals verkannt, was ja denkbar und auch verständlich wäre? Oder hat sie sie erkannt und versucht, mit der Volkskongreßbewegung eine

32 (Autorenkollektiv: *Rolf Badstübner, Horst Bednareck, Waltraud Falk, Heinz Heitzer [Leitung], Siegfried Thomas, Karl Reißig*), *DDR. Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, (hrsg. von der) Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte, Dietz Verlag, Berlin – DDR 1974.

letzte Gegenaktion zu unternehmen? Oder lag ihr mehr an einem öffentlichen Beweis des westlichen Desinteresses an der deutschen Wiedervereinigung, um die seit Ende 1945 kompromißlos eingeleitete und von der SED befürwortete Sonderentwicklung der SBZ zu rechtfertigen? Oder muß man gar von einer kalkulierten Politik der Desinformation zur Integration bestimmter Bevölkerungsteile in einer Phase politischer und ideologischer Eskalation sprechen? Da sonst mit mehr oder minder beiläufigen Einschätzungen der Haltung von Gruppen und Instanzen – nur für die SED fallen sie meist positiv aus – nicht gespart wird, hätte man einen Kommentar auch für diese Phase der Staatsvorbereitung der DDR erwartet.

Freilich hätte durch eine solche Kommentierung zwiespältiger Politik einer Tendenz zur Entschleierung und Infragestellung der politischen Führungspraxis in der SBZ/DDR Bahn gebrochen werden können, für die es im ganzen Buch keine Anhaltspunkte gibt. Schon der Zweite Teil, in dem *Heinz Heitzer* die Jahre 1949 bis 1955 beschreibt, läßt den Blick auf das Skelett der Darstellung zu. Wie auch die folgenden Teile ist er chronikartig gehalten, ausführlich bei Partei- und Regierungsbeschlüssen verweilend. Die solchen Beschlüssen vorausgehende Willensbildung und die entsprechenden Entscheidungsprozesse bleiben ohne Analyse. Strukturbestimmende Vorgänge, z. B. die Umformung der SED zur »Partei neuen Typs« in den Jahren um 1949, werden in wenigen Sätzen erwähnt, die sich mehr auf die Zielsetzung und die diesbezüglichen Maßnahmen (marxistisch-leninistische Schulung, Studium der Parteiarbeit der KPdSU, Überprüfung der Mitglieder) dieser Aktion und ihre »Bedeutung« beziehen als auf die sie initiiierenden Motive, ihren tatsächlichen Ablauf und ihre empirischen Ergebnisse (S. 181 f.). Dieses Darstellungsprinzip, vergangenes Geschehen primär von den Folgen her einzuschätzen, wobei nicht selten eine biologisierende Metaphorik bemüht wird (im angegebenen Beispiel ist es die »Reife, die für die sozialistische Revolution und den planmäßigen Aufbau des Sozialismus notwendig war«), kann eher der Verschleierung als der Aufhellung und Erklärung der Vergangenheit dienen.

Am Beispiel der Beschreibung des für die DDR-Geschichte wohl bedrohlichsten Krisenmoments, der breiten Oppositionsbewegung im Juni 1953, wird eine zweite Variante dieser verschleiernenden Geschichtsschreibung deutlich: »Um das Wirksamwerden der von der SED und Regierung beschlossenen Maßnahmen« zu verhindern, die »in Übereinstimmung mit der KPdSU und der Regierung der UdSSR« u. a. zur »spürbare[n] Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und Einzelhändler« eingeleitet worden waren – darunter auch die Aufhebung »einige[r] Maßnahmen zur Einschränkung des Kapitalismus« –, habe »die imperialistische Reaktion die Auslösung des seit langem vorbereiteten imperialistischen Putsches« beschleunigt. Verwiesen wird dann u. a. auf die im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung veröffentlichte Forderung Adenauers nach Beseitigung der »Grenzen für den personalen und wirtschaftlichen Verkehr« zwischen der DDR und der BRD vom 14. Juni und eine Reihe anderer Einzelheiten, die nicht nur die Disponiertheit, sondern auch die tatsächliche Leitung des »Putschversuchs« in der DDR von deutschen und amerikanischen Politikern und Militärs von West-Berlin aus belegen sollen. Daß es sich bei diesen Einzelheiten allenfalls um Indizien handelt, deren Relevanz für die Beweisführung nicht allgemein anerkannt ist, wird dem Leser dabei verschwiegen; und die Einzelheiten werden in einem Arrangement dargeboten, das nur als manipulative Berichterstattung bezeichnet werden kann und das eine erstaunliche Naivität verrät oder zumindest eine politische Phantasielosigkeit beim Leser voraussetzt, die den Autor eher diskreditiert als glaubwürdig macht³³. Diese Tendenz findet nicht zuletzt in der Wortwahl zur Beschreibung der Träger

33 Heitzer verweist auf eine Rede Adenauers auf einer Kundgebung der CSU in Augsburg am 14. Juni 1953, die im Bulletin der Bundesregierung, Nr. 110 am 16. Juni 1953, S. 933 f., unter dem Titel »Wir wollen Tatsachen sehen! Bundeskanzler Dr. Adenauer zur Ankündigung einer Kursänderung in der Sowjetzone« auszugsweise veröffentlicht wurde.

politischer Bestrebungen ihren Niederschlag: Forderten in der BRD »Menschen aus allen Bevölkerungsschichten«, auf die Wiedervereinigungsangebote der Sowjet- und DDR-Regierung von 1951/52 einzugehen, die die Aufrüstung der BRD und ihre Einbeziehung in den Westblock verhindern sollten (S. 192), so sind es Heitzer zufolge »aufgeputzte Horden krimineller und gekaufter Subjekte« gewesen, die im Juni 1953 in der DDR die »Beseitigung« der Regierung proklamierten (S. 242). Die zuvor geschilderten »gesellschaftlichen Widersprüche« in der DDR, auf die »der Staat« mit Maßnahmen reagierte, »die insgesamt auf eine beschleunigte Einschränkung des Kapitalismus gerichtet waren« (S. 239), werden als Erklärung für die Resonanz der Opposition nicht angeführt; daß Informationen, in diesem Fall die Nachrichten über die Einführung des »Neuen Kurses«, Zeit brauchen, um politisch wirksam zu werden, liegt offensichtlich außerhalb des Vorstellungsbereichs des Autors – oder dieses Problem wird bewußt verschwiegen, um die »Schuld« an den Vorgängen nicht in stärkerem Maße, als für zumutbar gehalten, von den »Imperialisten« auf Führung und Bevölkerung der DDR verlagern zu müssen.

Das hier mit dem Begriff der Zumutbarkeit umschriebene Problem parteigebundener Geschichtsschreibung³⁴ wird unverhofft transparent bei der Kommentierung der Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU durch *Rolf Badstübner* im Dritten Teil des Buches, der eine Schilderung der Jahre 1955 bis 1961 enthält. Politisches Kalkül und nicht historische Notwendigkeit als Basis der Entscheidung politischer Instanzen und ihrer historiographischen Nachzeichnung werden deutlich, wenn es heißt: »Die Aufdeckung und Verurteilung des Personenkultes um Stalin war politisch notwendig. Die KPdSU ging davon aus, daß diese Kritik, selbst wenn sie zeitweilig eine Reihe von Schwierigkeiten hervorrief, vom Standpunkt der Interessen der internationalen Arbeiterklasse und der kommunistischen Weltbewegung aus gesehen, ein positives Ergebnis zeitigen werde. Die Wiederherstellung leninscher Normen des Parteilebens und der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, die Überwindung dogmatischer Enge gegenüber den neu herangereiften Fragen waren für die Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft und für die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus von großer Bedeutung« (S. 294). Diese »Bedeutung« bleibt dann allerdings un spezifiziert. Das Aufkommen »revisionistischer Bestrebungen« in dieser Zeit, das in Polen und Ungarn zu Aufständen führte und auch in der DDR an Boden gewann – die Namen der Hauptrepräsentanten der wichtigsten politisch unterschiedlich motivierten Gruppen um Wolfgang Harich und Karl Schirdewan werden nicht erwähnt –, wird in erster Linie den »verstärkte[n] Umtriebe[n] des Imperialismus« (S. 298 ff.) zugeschrieben; der »moderne Revisionismus« habe die »Kritik am Personenkult um J. W. Stalin« lediglich ausgenutzt (S. 300).

Als bezeichnend für den Duktus einer Darstellung, die zwar ausführlich Programme und Selbstdarstellungen berühmter »Brigaden sozialistischer Arbeit« zitiert (z. B. S. 334 ff.), nicht jedoch für das Gesamtsystem zentrale Entscheidungssituationen analysiert, kann auch folgende Passage gelten: »Am 7. September 1960 verstarb der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, Kampfgefährte Ernst Thälmanns, Vorsitzender der KPD und der SED. Die Werktätigen gedachten seiner in tiefer Trauer. Am 12. September beschloß die Volkskammer das Gesetz über die Bildung des Staatsrates der DDR. Zu den Obliegenheiten des Staatsrates gehört es [...]« usw. (S. 377). Kein Wort darüber, warum nach dem Tode Piecks eine Strukturänderung im Staatsapparat zweckmäßig schien und wer Initiator dieser Neuerung war.

Solche Ausklammerung der Probleme politischer Entscheidung in der Geschichtsdarstellung kann auch an den durchgängig meist ausführlichen Schilderungen sozial-struktureller Änderungen (z. B. S. 286 ff.), wirtschaftlicher Erfolge und ihrer gesetzgeberischen, technologischen, produktionstechnischen und arbeitsorganisatorischen Voraussetzungen sowie des

34 Für die Problematik siehe *Riesenberger* (Anm. 9), S. 8 ff.

ohnehin stets vage charakterisierten Anteils einzelner Gruppen der Werktätigen an diesen Erfolgen Zweifel aufkommen lassen, die sich bei der Lektüre diesbezüglicher Spezialanalysen auch aus der DDR erhärten können³⁵. Zwar werden gelegentlich Korrekturen beschlossener Planziele (z. B. S. 326, 510 f.) und die Zurücknahme betriebswirtschaftlicher Konzepte (z. B. S. 420 ff.) erwähnt, nicht aber die Innovationsanstöße, die von Entscheidungsinstanzen nicht rezipiert bzw. erwogen, aber verworfen wurden, in denen möglicherweise jedoch Entwicklungsalternativen impliziert waren³⁶. Erst die durchgängige Offenlegung der Entscheidungshorizonte in einer analytisch orientierten Darstellung würde die gefaßten Beschlüsse kritisch nachvollziehbar machen und könnte dann auch die Schilderung der Krisensituationen in den Jahren 1953, 1956/57 (siehe oben) sowie 1961 (S. 383 ff.), in denen Heitzers und Badstüblers Berichten zufolge die DDR-Führung stets Aggressionsplänen des »Imperialismus« zuvorkam, glaubhaft erscheinen lassen.

Ohne diese Offenlegung der Entscheidungshorizonte unterscheidet sich die Geschichtsdarstellung qualitativ nicht von dem Duktus der politischen Überzeugungsarbeit, die *Waltraud Falk* im Vierten Teil des Buches über die Jahre 1961–1965 für die Zeit nach dem Mauerbau erwähnt: »Es galt den Werktätigen bewußt zu machen, daß sich die seit Mitte der 50er Jahre von der DDR ausgearbeitete und verfolgte [Außen- und Deutschland-]Politik [...] als die einzig reale und mögliche erwiesen hatte« (S. 403 f.). Dieses Ziel wird der »Kernfrage« der sechziger Jahre zugerechnet: der »Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins in allen Klassen und Schichten«, das ein Erfordernis der »für den Sozialismus typische[n] Klassenstruktur« sei (S. 401). Die Basis für diese Argumentation liefert eine nicht problematisierte, die soziologische Diskussion, auch die der DDR, nicht reflektierende soziographische bzw. sozialstatistische Skizze (S. 399 ff.)³⁷, an die sich die Feststellung anschließt: »Der Klassenkampf hatte aufgehört, Triebkraft der inneren Entwicklung der DDR zu sein. Die Voraussetzungen für eine politisch-moralische Einheit des Volkes waren geschaffen« (S. 401). Diese Sätze haben definitorische Qualität, und ihre Plausibilität ergibt sich allein aus theoretisch bestreitbaren und bestrittenen³⁸ Annahmen und Setzungen. *Karl Reißig*, Verfasser des VI. Teils über den »VIII. Parteitag der SED und die Verwirklichung seiner Beschlüsse«, hebt hervor, daß erst dieser Parteitag 1971 die »Gesamtheit der sozialen Klassen und Schichten in der DDR und ihre Beziehungen zueinander mit dem marxistisch-leninistischen Begriff politisch-moralische Einheit der Werktätigen gekennzeichnet« hat (S. 531).

Diese Begrifflichkeit ist Teil der von Reißig als »tiefgründig« qualifizierten Erschließung des Wesens »der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR« (S. 517) auf diesem Parteitag. Daß vier Jahre zuvor das formal höchste Beschlußorgan der SED eine andere Akzentuierung zur Beschreibung der bestehenden Verhältnisse und zur Prognose vorgenommen und sanktioniert hatte³⁹, wird weder von Reißig noch von *Horst Bednareck*, der die Jahre 1966 bis 1970 schildert und dabei auch über den VII. SED-Parteitag berichtet, erwähnt; desgleichen wird ausgeklammert, daß in den Jahren um 1970 eine recht intensive Propaganda für die DDR als Nation stattgefunden hat⁴⁰.

Solche Auslassungen können darauf hinweisen, daß »sozialistisches Bewußtsein« nicht die bewußt gepflegte Erinnerung an gerade Vergangenes einschließt, sondern eher auf die kontrollierbare Eliminierung jeweils nicht für opportun gehaltener Denkansätze hinaus-

35 Vgl. dazu z. B. die Darstellung von *Keller* (unten S. 616 f.).

36 Vgl. z. B. dazu die wirtschaftswissenschaftlichen Anstöße von Behrens und Benary, dargestellt u. a. bei *Bress* (unten S. 619).

37 Hinweise auf diese Diskussion bei *Röder* (unten Anm. 58).

38 Vgl. die Zurückweisung anderer Sozialismusmodelle in *Die entwickelte sozialistische Gesellschaft* (Anm. 15), Kap. XIII ff.

39 Die entsprechende diesbezügliche Formel des VII. Parteitages lautete »entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus«.

40 Für Nachweise siehe unten (Anm. 69).

läuft⁴¹. Hier wird das oben an Beispielen belegte präsentische Darstellungsprinzip für Geschichte, das im Rahmen des angestrebten Vertrauens gegenüber der politischen Führung auf Offenlegung der Motive für einzelne Aktionen weitgehend verzichtet und die Einschätzung in den Mittelpunkt rückt, als enthistorisierendes Prinzip erkennbar. Bei breiterem Raum zur Dokumentation ließe sich die These illustrieren, daß aus der Vergangenheit für erwähnenswert primär das gehalten wird, was im unmittelbaren Erfahrungsbereich der DDR-Bevölkerung liegt: ihre materiellen Lebensbedingungen, ihre Aktivitäten zur Steigerung und Verbesserung der Produktion, auch ihre subjektiven Widerstände gegen Maßnahmen und Trends der politischen Führungsinstanzen.

Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, daß »DDR. Werden und Wachsen« mit seiner Zielsetzung, über die Entstehung der DDR aufzuklären, dem erzählerischen Muster – bis in die Wortwahl hinein – des ebenfalls 1974 erschienenen »Grundrisses« der deutschen Geschichte »Klassenkampf – Tradition – Sozialismus«⁴² folgt, der ungefähr 40 % der fast 800 Seiten der deutschen Nachkriegsentwicklung mit dem Schwerpunkt der SBZ/DDR-Geschichte widmet. Dieser Grundriß hat vor der Veröffentlichung den Autoren von »Werden und Wachsen« vorgelegen (*Werden und Wachsen*, Vorbemerkung, S. 6); sie selbst waren als Herausgeber oder Mitarbeiter an seiner Abfassung beteiligt. Als Zielsetzung des »Grundrisses« wird angegeben, er solle »dazu beitragen, die Erkenntnis von der geschichtlichen Rolle der Deutschen Demokratischen Republik zu vertiefen«. Angestrebt wird also weniger eine Aufklärung über die Entstehung der DDR als über ihre historische Funktion in der Gegenwart und Zukunft, weniger historisch-genetische als historisch-systematische soziologische Aufklärung. Die DDR sei, wie Erich Honecker festgestellt habe, »die staatliche Verkörperung der besten Traditionen der deutschen Geschichte, [...] das gesetzmäßige Ergebnis und die Krönung des jahrhundertelangen Kampfes für den gesellschaftlichen Fortschritt«. Sie verkörpere »vor allem [...] das opferreiche Ringen der Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei gegen kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Militarismus und Krieg, für Demokratie, Frieden, gesellschaftlichen Fortschritt und für den Triumph des Sozialismus und Kommunismus«. »Zugleich« seien »Entstehung und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ein untrennbarer Bestandteil des revolutionären Weltprozesses« (...). Die DDR sei »vom ersten Tage an fest mit der Sowjetunion verbunden« und entwickle »sich in voller Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten des historischen Fortschritts in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus« (S. 15).

Die Antwort auf die Frage, ob die Struktur der Darstellung sowohl von »Klassenkampf – Tradition – Sozialismus« als auch von »Werden und Wachsen«, des Buches, das offensichtlich eine erste Konkretisierung des »Grundrisses« darstellt, diesem Ziel dienen kann, sei dahingestellt. Auf die DDR-Bevölkerung bezogen, wäre sie nur durch eine empirische Bewußtseinsanalyse zu gewinnen, für die es kaum hinreichende methodologische, zumindest keine politischen Voraussetzungen gibt. Auf ein von der DDR-Entwicklung allenfalls mittelbar betroffenes Publikum bezogen, wären welthistorisch-geschichtsphilosophische Einsichten und politische Bekenntnisse als Voraussetzungen für solche Erkenntnis erforderlich, die man von ihm wohl kaum erwarten kann, wenn man – nicht zuletzt marxistischer Denktradition folgend – eine enge Verbindung von individuell-subjektivem Interesse, gesellschaftshistorischer Struktur und Erkenntnismöglichkeit unterstellt. Festzuhalten bleibt, daß in beiden Büchern Antworten auf Fragen nach möglichen Alternativen der Entwicklung, insgesamt oder in Teilaspekten, die aus anderen als den getroffenen Entscheidungen

41 Vgl. dazu auch unten S. 608 f.

42 *Klassenkampf. Tradition. Sozialismus*. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin – DDR 1974.

hätten resultieren können, fehlen. Solche Antworten wären eher zu gewinnen, wenn die Entscheidungsprozesse offengelegt würden. Eine entsprechende Offenlegung könnte zumindest die Grenzen für vergangene Handlungsfreiräume andeuten, denn viele Entscheidungen, die für die DDR-Entwicklung relevant wurden, wie zu Recht immer wieder betont wird, sind in Abstimmung mit den Führungen der Sowjetunion und der anderen Länder des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) oder des Warschauer Paktes gefallen. Welche Formen diese Beratungen annehmen konnten, war anlässlich der Ereignisse in der CSSR 1968 zu erfahren. Ob es angesichts solcher Erfahrungen angenehm wäre, »mit der Sowjetunion Sieger der Geschichte« zu sein – auf ein entsprechendes Gefühl zielt offensichtlich die Historiographie in der DDR seit Ende der 60er Jahre⁴³ –, sei hier nicht erörtert. Vermutet werden kann jedoch, daß solche Dimensionen des Geschichtsbewußtseins beim durchschnittlichen DDR-Bewohner nicht Platz greifen – ungeachtet des in der marxistischen Denktradition richtigen Postulats, daß Geschichtsbewußtsein integraler Teil des Bewußtseins der Menschen im Sozialismus ist⁴⁴.

III. Gesellschaftswissenschaften in der DDR seit den 60er Jahren

Ein Grund dafür, daß das mit der marxistischen Vorstellung von der sozialistischen Utopie verbundene, sich selbst und seiner Zeit bewußte Bewußtsein in den sich derzeit im Sinne dieser Tradition als sozialistisch deklarierenden Gesellschaften nicht besteht, dürfte in der zunehmenden Bedeutung, die den Wissenschaften bei der Gestaltung der praktischen Lebensverhältnisse in allen industrialisierten Gesellschaften zukommt, liegen. Dies gilt nicht nur für die Natur- und technischen Wissenschaften, deren Rolle als historische Schubkraft seit langem erkannt ist, sondern in wachsendem Maße auch für die sich mehr und mehr spezialisierenden Gesellschaftswissenschaften, denen in der DDR seit Beginn der 60er Jahre die Qualität einer »Produktivkraft« beigemessen wird. Nachdem in der BRD bis weit in die 60er Jahre hinein eine entsprechende gesellschaftliche Funktionszuweisung allenfalls beiläufig vorgenommen worden war, kam sie an der Wende zu den 70er Jahren stärker in den Blick⁴⁵. Die Zeiten, in denen allein der Verfall der Wissenschaft in der DDR konstatiert wurde⁴⁶, waren vorüber. Schon die Tatsache, daß die Organisation der Wissenschaften Aufmerksamkeit auf sich zog und daß die Diskussionen in einzelnen Disziplinen eine laufende Kommentierung erfuhren, die sich u. a. in den hier anzuzeigenden Sammelbänden niederschlug, kann als Indiz dafür gelten, daß eine Herausforderung empfunden wurde. Für den Bereich der Pädagogik und die Organisation des Schulwesens zeichnete sich diese Tendenz schon etwas früher ab⁴⁷.

Die Herausforderung jedenfalls ist für *Ludwig Bress* eine Schlußfolgerung seines Berichts über die »Gestaltung des Wirtschaftssystems der DDR als strukturelles und organisations-theoretisches Problem«⁴⁸ – eines Berichts, der im Ansatz gewissermaßen exemplarisch ver-

43 Vgl. *Mit der Sowjetunion Sieger der Geschichte*. Bilanz und Ausblick, Berlin – DDR 1968.

44 Siehe dazu die Hinweise auf DDR-Selbsteinschätzungen bei *Riesenberger* (Anm. 9), S. 24 f. Für einen umfassenderen Interpretationsansatz siehe *Hermann Rudolph*, *Die Gesellschaft der DDR – eine deutsche Möglichkeit: Anmerkungen zum Leben im anderen Deutschland*, München 1972, bes. S. 98 ff.

45 Siehe dazu vor allem *Produktivkraft Wissenschaft*. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR, hrsg. von *Hans Lades* und *Clemens Burrichter*, Hamburg 1970.

46 Vgl. z. B. *Bernd Kaltenbach*, *Die Fachrichtung Philosophie an den Universitäten der Sowjetzone 1945 – 1958*, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin 1959.

47 Vgl. dazu als Indiz die Darstellung des DDR-Pädagogen *Helmut Klein*, *Polytechnische Bildung und Erziehung in der DDR, Entwicklung, Erfahrungen, Probleme*, Reinbek bei Hamburg 1963.

48 In: *Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR*, eingel. von *Peter Christian Ludz*, Carl Hanser Verlag, München 1971, S. 122 – 165.

deutlich, wie man *Peter Christian Ludz'* Vorschlag, die DDR-»Gesellschaftsgeschichte als Ideologiegeschichte zu schreiben«⁴⁹, einlösen kann. Allerdings ist Bress' Aufsatz auch dem in den 60er Jahren zentralen Thema wissenschaftlicher und politischer Diskussion gewidmet: der Ökonomie. Zentral für ihre Entwicklung in der DDR in diesem Jahrzehnt war die Rezeption bis dahin polemisch abqualifizierter theoretischer Denkrichtungen, insbesondere der Systemtheorie und der Kybernetik. Jetzt sollten diese dazu befähigen – so ein DDR-Gesellschaftswissenschaftler –, »wissenschaftlich begründete Aussagen über Inhalt, Richtung, Umfang und Verflechtung zukünftiger Entwicklungen im Sozialismus zu treffen«⁵⁰. Bress kann nun beispielsweise plausibel machen, daß die zeitweilig gebrauchte Propaganda-Formel von der »sozialistischen Menschengemeinschaft« nicht allein, wie man annehmen könnte, der willkürlichen anachronistischen Begrifflichkeit des alten theorieambitionierten Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht entsprang⁵¹, sondern zumindest der gleichzeitigen, extrem optimistischen Erwartung korrespondierte, die Gesellschaft der DDR sei real nach rationalen gesamtgesellschaftlichen Modellen zu steuern, weil die Menschen in ihrem Verhalten die mit der »sozialistischen Menschengemeinschaft« implizierten Qualitäten aufwiesen. Die 1971 erfolgte Zurücknahme dieser Formel, die die mit der Systemorientierung verbundenen technokratischen Tendenzen ideologisch rechtfertigen konnte und vielleicht sollte, und die Konzentration auf die Beobachtung und Analyse operationabler Teilbereiche, vor allem auf das ökonomische System, und die eher empirische soziologische und sozialpsychologische Orientierung an der Einzelpersönlichkeit und an Gruppen⁵² signalisierten dann einen Abbau der »Systemeuphorie« (Bress). Stimuliert wurde diese Entwicklung allerdings auch durch die Ereignisse in der CSSR 1968, auf die die DDR-Führung u. a. mit der Betonung des traditionellen Postulats der unabweisbaren Notwendigkeit des Primats der Partei reagierte.

Nichtsdestoweniger läßt sich über die Auswertung der breiten wissenschaftlichen Diskussion über die Probleme der Gestaltung zunächst des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL), seit 1967 des Ökonomischen Systems des Sozialismus (ÖSS), in einem bisher in der DDR-Entwicklung kaum möglichen Maß der Rahmen, innerhalb dessen dann Entscheidungen gefallen sind, rekonstruieren. Die Studie von *Achim Beyer, Günter Lauterbach* und *Rüdiger Mann* über die Wirtschaftswissenschaften im Sammelband »*Produktivkraft Wissenschaft*«⁵³ kann dabei dem Nichtspezialisten sowohl als bibliographische als auch als sachliche Einführung dienen. Derartige sachliche Einführungen in die Steuerungsmechanismen von Teilbereichen der DDR-Gesellschaft sind für eine künftig in kritischer Absicht zu schreibende Geschichte der DDR seit den 60er Jahren von erheblichem Nutzen, einer Geschichte, die – gleichwohl von welchem historisch-methodischen Standpunkt aus sie geschrieben wird – Systemgeschichte sein muß. Bisherige Darstellungen sind dem ideologischen, im zentralen Teilbereich Ökonomie ansatzweise realisierten Anspruch auf gesamtwirtschaftliche Planung und Steuerung nicht gerecht geworden, weil sie nur die Anstöße und Ergebnisse referierten, den Prozeß der Umsetzung von Theorien, Plänen, Direktiven etc. aber nicht nachzeichneten⁵⁴.

49 Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, *ebda.*, S. 11 – 23, Zit. S. 17.

50 *Heinz Hümmeler*, Arbeiterklasse und revolutionäre Partei – führende Hauptkraft bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: *Wissenschaftliche Entscheidungen – historische Veränderungen – Fundamente der Zukunft*. Studien zur Geschichte der DDR in den sechziger Jahren, Hrsg.: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl Geschichte der Arbeiterbewegung, Frankfurt 1971, S. (50 – 88) 69.

51 Siehe oben Anm. 25 und 39.

52 Siehe dazu die Übersicht von *Dieter Voigt*, Kleingruppe und Kollektiv als Forschungsgegenstand in der DDR, in: *Deutschland Archiv* 8, 1975, S. 270 – 290.

53 *Produktivkraft Wissenschaft*, S. 253 – 410.

54 Vgl. z. B. *Karl C. Thalheim*, Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1964.

Diese Nachzeichnung könnte auch für Analytiker, die keinen unmittelbaren Zugang zu DDR-Archiven haben, möglich werden, wenn der sich aus dem eingeschlagenen Weg der Gesellschaftsteuerung konsequent ergebende Trend anhält, immer mehr analytisch herauslösbare Strukturen empirisch zu dokumentieren. Dies ist eine Voraussetzung der soziologischen Forschung in der DDR, die zu Beginn der 60er Jahre etabliert und seit Ende der 60er Jahre zunehmend empirisch ausgerichtet wurde. Allerdings hängt – dies sollte nicht übersehen werden – die Auswertbarkeit entsprechender Untersuchungen ab von dem Maß an Öffentlichkeit, in der sich die wissenschaftliche Untersuchung und Diskussion in der DDR vollzieht. Sie ist nicht zuletzt die Voraussetzung auch für die Nachzeichnung der Geschichte der soziologischen Forschung in der DDR, die zunehmend die Funktion einer immanent-kritischen Prüfungsinstanz für Aussagen über die DDR zu gewinnen scheint⁵⁵. Die Beiträge von *Hellmuth G. Bütow*⁵⁶ und *Emil Schmickel*⁵⁷ geben nützliche einführende Überblicke.

Die soziologische Diskussion und Forschung in der DDR sind insofern für eine Beobachtung der DDR-Entwicklung von Interesse, als sie eher als beispielsweise die »sozialistische Betriebswirtschaftslehre« Einblick in die Differenzierungen der politisch-historischen Selbstverständigung in der DDR geben. *Horst Röder* hat in seiner Dissertation »Abschied vom Klassenbegriff?«⁵⁸ z. B. die theoriebezogene Diskussion nachgezeichnet, die darum kreiste, die Existenz von Konflikten in der sich als sozialistisch deklarierenden Gesellschaft, in der es per definition keine antagonistischen Klassen gibt, so zu erklären und zu begründen, daß sie nicht zur Korrektur der historisch-theoretischen Charakterisierung Anlaß geben. Röder konnte u. a. die Aufspaltung des Klassenbegriffs in der Reflexion in einen symbolisch verwandten handlungsmotivierenden und einen analytisch operationablen Aspekt konstatieren. Gleichviel ob diese philosophisch-soziologische Diskussion sich als abgeschlossen oder fortwirkend erweist⁵⁹ – sie deutet darauf hin, daß mit »Sprachregelungen«⁶⁰ die systemnotwendigen Selbstverständigungsprobleme nicht zu lösen sind, weder praktisch noch für den außenstehenden Analytiker.

Eine entsprechende Einsicht ließe sich auch aus der Betrachtung der Entwicklung des Rechts und der Staats- und Rechtswissenschaft in der DDR gewinnen, die *Rudolf Schwarzenbach*⁶¹ und *Klaus Westen*⁶² in unterschiedlicher Akzentuierung überblickartig dargestellt haben. Entscheidend für die Staats- und Rechtswissenschaft ist ihr »Instrumentalcharakter« (Schwarzenbach), der – vor allem im Bereich des Wirtschaftsrechts – ihre Qualität als »Produktivkraft« ausweisen kann. Im Überblick läßt sich die Entwicklung der Staats- und Rechtswissenschaft in der DDR ähnlich darstellen wie die der Soziologie: Auf die Phase einer eher philosophischen Reflexion der marxistisch-leninistischen Klassiker, begleitet von einer praktizistischen, d. h. rechtsdogmatisch unreflektierten Fortschreibung des Rechts deutscher Tradition innerhalb des »sozialistischen Rechtskreises« (Westen), folgte Anfang der 60er Jahre eine Phase der »Bilderstürmerei«, an die sich etwa ab 1963 eine Orientierung

55 Vgl. z. B. die Hinweise bei *Arnold Sywottek*, »Arbeiterklasse im Sozialismus« am Beispiel DDR, in: *Sowi V*, 1976, S. 49 – 53.

56 Zur Entwicklung der Soziologie und Sozialpsychologie in der DDR, in: *Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR* (Anm. 48), S. 168 – 188.

57 Soziologie, in: *Produktivkraft Wissenschaft* (Anm. 45), S. 137 – 187.

58 *Horst Röder*, Abschied vom Klassenbegriff? Ein Beitrag zur Analyse der marxistischen Soziologie in der DDR (= Beiträge zur soziologischen Forschung, Bd. 7), Westdeutscher Verlag, Opladen 1972.

59 Siehe dazu neuerdings *Siegfried Grundmann*, Arbeiterklasse – Gegenwart und Zukunft. Weltanschauliche und soziologische Probleme der Voraussagen und Gestaltung sozialer Prozesse, Berlin – DDR 1975.

60 Siehe oben S. 594 und unten S. 615.

61 Staats- und Rechtswissenschaft, in: *Produktivkraft Wissenschaft* (Anm. 45), S. 189 – 251.

62 Zur Charakterisierung des Rechts in der DDR, in: *Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR* (Anm. 48), S. 232 – 255.

an den im Zuge der »sozialistischen« Gesellschaft praktisch zu lösenden Problemen angeschlossen. Die Verfassung von 1968 und das neue Bürgerliche Gesetzbuch können als Ergebnis dieser Bemühungen gelten⁶³. Daß damit rechtsdogmatische Fragen keineswegs beantwortet sind, sondern sich in erhöhtem Maße stellen, macht Schwarzenbach am Beispiel der Diskussion über die Begründung des Staates im Sozialismus deutlich⁶⁴.

Daß der Begriff des »Instrumentalcharakters« hier nicht in jenem engen Sinne zu verstehen ist, der die Funktion der Gesellschaftswissenschaften auf die bekräftigende Auslegung von »Klassiker«- und Politiker-Äußerungen beschränkt, läßt sich an zwei in den 60er Jahren neu geschaffenen Disziplinen ablesen, über die *Hermann Weber* berichtet: den »wissenschaftlichen Sozialismus« und die »marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft«, die sich für Weber zu »Ansätzen einer Politikwissenschaft« verdichteten⁶⁵. Charakteristisch scheinen für diese beiden neuen Disziplinen ebenso wie auch für die anderen wiederentdeckten oder transformierten die schwierige Abgrenzbarkeit voneinander, ihre innere Systematik und vor allem ihre Legitimation gegenüber dem sich als wissenschaftliche Weltanschauung begreifenden »Marxismus-Leninismus«; bis auf den letzten Punkt haben die »bürgerlichen« Sozialwissenschaften vergleichbare Begründungsschwierigkeiten ihrer Fächer, wenn sie ihre Gegenstandsbereiche gesamtgesellschaftlich dimensionieren. Während die sich nach dem »wissenschaftlichen Sozialismus« etablierende »Organisationswissenschaft« sich als Politikwissenschaft mit ihrem Zweck der Politikberatung und der Infragestellung von praxisbezogenen Vorschlägen anderer wissenschaftlicher Disziplinen erhalten zu haben scheint⁶⁶ – diese Entwicklung hielt Weber 1971 für möglich (S. 51 ff.) –, sind anspruchsvolle Programme des »wissenschaftlichen Sozialismus«, die bis zur systematischen Bestandsaufnahme der politischen Entscheidungs- und Lenkungsstrukturen reichten, nicht realisiert worden. Der »wissenschaftliche Sozialismus« scheint über den Bereich der mit akademischem Anspruch betriebenen politisch-ideologischen Schulung und Kommentierung, aus dem er hervorgegangen war, nicht hinausgedrungen zu sein. Er hat jedoch inzwischen den Namen, den diese Richtung und Aufgabe der Gesellschaftswissenschaften ursprünglich in Übernahme der in der Sowjetunion üblichen Bezeichnungen hat, erhalten: »wissenschaftlicher Kommunismus«. Neben der »marxistisch-leninistischen Philosophie« und der »politischen Ökonomie« gilt der »wissenschaftliche Kommunismus« als dritter Bestandteil des Marxismus-Leninismus⁶⁷.

Es sei hier nicht nachvollzogen und erörtert, auf welche Weise der »wissenschaftliche Sozialismus« bzw. der »wissenschaftliche Kommunismus« seine prognostischen bzw. theoretischen Aufgaben wahrnehmen soll, will und kann. Als bemerkenswert gilt es festzustellen, daß der noch vor eineinhalb Jahrzehnten als »wissenschaftliche Weltanschauung« bezeichnete Marxismus-Leninismus im Zuge der »wissenschaftlich-technischen Revolution« de facto zur Weltanschauung im Sinne eines auf einige Elemente reduzierbaren »Kerndogmas« transformiert wurde, die durch die Wissenschaften ihre laufende Rechtfertigung erfährt⁶⁸.

63 Zur Verfassung von 1968 siehe *Siegfried Mampel*, Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Text und Kommentar, Frankfurt 1972.

64 *Rudolf Schwarzenbach*, Der Staat der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: *Wissenschaft in der DDR*. Beiträge zur Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsentwicklung nach dem VIII. Parteitag, hrsg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft Erlangen, Köln 1973, S. 165 – 178.

65 *Hermann Weber*, Ansätze einer Politikwissenschaft in der DDR (= Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, H. 3), Droste Verlag, Düsseldorf 1971.

66 Dieser Eindruck entsteht nach der Lektüre weiterer Jahrgänge der von H. Weber bis 1970 ausgewerteten *Beiträge für das marxistisch-leninistische Grundstudium für Hoch- und Fachschullehrer* (Leipzig).

67 Vgl. u. a.: Autorenkollektiv unter Leitung von *Günther Großer*, *Der wissenschaftliche Kommunismus – Bestandteil des Marxismus-Leninismus*. Einführung in den Gegenstand und die Geschichte des wissenschaftlichen Kommunismus, 2. unv. Aufl., Berlin – DDR 1972.

68 Siehe dazu *Ludz*, Parteilite im Wandel (Anm. 24), S. 45 ff.

Als Konsequenz ergibt sich daraus, daß für die 60er Jahre nicht der von der »bürgerlichen« Kritik immer wieder und auch von Hermann Weber (vgl. S. 61 ff.) betonte Gegensatz zwischen Gesellschaftswissenschaft und Ideologie hervorgehoben werden muß, sondern den gesellschaftlichen Instanzen und ihren Zwecken und Funktionen entsprechend das Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik. Träger beider Sozialfunktionen agieren – dies wird implizit vorausgesetzt – auf der Basis derselben Weltanschauung. Auf die Stärkung dieser Weltanschauung – wieweit sie mit dem angestrebten sozialistischen Bewußtsein identisch ist, sei hier nicht erörtert – sind sämtliche Gesellschaftswissenschaften ausgerichtet.

Für die Geschichtswissenschaft – dies ist schon angedeutet worden (siehe oben S. 603) und wird von allen Autoren, die sich im Rahmen der hier anzuzeigenden Publikationen mit ihr beschäftigen⁶⁹, unterstrichen – hat die bewußtseinsbildende Funktion bevorzugten Rang. Für sie als nichtsystematische Einzelwissenschaft ist nach den oben gegebenen beispielhaften Erläuterungen einleuchtend, daß das in diesem Zusammenhang relevante Spannungsverhältnis nicht zwischen den Ergebnissen der geschichtswissenschaftlichen Arbeit und der »Ideologie« besteht, sondern daß es aus den von den politischen Instanzen jeweils unter aktuellen Gesichtspunkten für opportun gehaltenen Akzentuierungen der Aufklärung über die Vergangenheit resultiert. Erstmals in Untersuchungen über die Geschichtswissenschaft in der DDR hat *Frank Reuter* der politischen Funktionalisierung bzw. Funktionalisierbarkeit in seinem Aufsatz über die »Nation als Bezugspunkt von Politik und Geschichtswissenschaft«⁷⁰ Rechnung getragen, indem er darauf hinweist, daß, wenn es zweckmäßig erscheinen könnte, Politik und Historiographie auf die eine deutsche Nation als Argumentationsbasis und -horizont zurückgreifen könnten.

Diese Problematik ergibt sich auch als mögliche Folge einer Wissenschaftsorganisation, deren Gefüge für die einzelnen beschriebenen Disziplinen sorgfältig skizziert wird⁷¹. Zumindest in den Organisationsstrukturen der Gesellschaftswissenschaften, die in Leitinstanzen innerhalb des SED-Apparats und Räten für die einzelnen Forschungszweige kulminieren, wird die Möglichkeit zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben zur Wissenschaftspolitik im einerseits engen handlungsbezogenen, andererseits umfassenden Sinn angedeutet. Ihnen zufolge wird man bei der Formulierung von Ergebnissen der Untersuchung und der Bewertung von Auseinandersetzungen sorgfältiger vorgehen müssen als zuweilen bisher, wenn es darum geht, den wissenschaftlichen Diskussionsprozeß nachzuzeichnen. Ein Neuanfang braucht nicht von vornherein gegen eine geltende »Generallinie« gerichtet zu sein, ihre Zurückweisung durch Kollegen – auch wenn sie sich durchsetzt – braucht nicht von der Partei initiiert zu sein. Zuweilen kann – dies ist eine plausible These von *Clemens Burrichter* in bezug auf die Wirtschaftswissenschaft der 60er Jahre⁷² – eine Innovation auch von der politischen Führung erwartet und zugleich mit der Freigabe eines »Ventils« verbunden sein.

Solche Thesen, bezogen auf einzelne Situationen in der Wissenschaftsentwicklung, können die Schwierigkeiten nur andeuten, die sich einer künftigen geschichtswissenschaftlichen Untersuchung des Verhältnisses Politik und Wissenschaft stellen. Die Methoden für derartige Analysen können noch keineswegs als gesichert gelten. Der begriffsgeschichtliche Ansatz von *Ulrich Neuhäuser-Wespy*, der den Wandel der Terminologie der SED-Führung zur Bestimmung der Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaftsentwicklung nachzeichnet, kann dazu nur einen punktuellen Beitrag leisten, der eben nur Dispositionen der Führungsinstan-

69 *Werner Maibaum*, Geschichte und Geschichtsbewußtsein in der DDR, in: *Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR* (Anm. 48), S. 187 – 207; *Eckart Förtsch*, Geschichtswissenschaft, in: *Produktivkraft Wissenschaft* (Anm. 45), S. 93 – 136.

70 In: *Wissenschaft in der DDR* (Anm. 64), S. 143 – 164.

71 Siehe besonders die Beiträge in *Produktivkraft Wissenschaft* (Anm. 45).

72 Reflexionen zum Systemvergleich. Problemskizze, in: *Wissenschaft in der DDR*, S. (9 – 26) 21.

zen andeutet⁷³. Einen anderen Aspekt, den der Selbstreflexion und Begründung der Position der Wissenschaften, skizziert *Rainer Rilling*⁷⁴. Eine von Burrichter anvisierte Geschichte der Vergesellschaftung der Wissenschaften in der DDR im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution wird davon auszugehen haben, daß beide genannten Aspekte nur Spiegelungen dieses Prozesses sind, dessen reale Strukturen nicht zwangsläufig transparenter werden, sondern sich bei weiterer Spezialisierung und gleichzeitiger Vermehrung des Personals in einer auch von der wissenschaftlichen Öffentlichkeit abgeschirmten Sphäre verbergen können. Sowohl Rillings Skizze der soziologischen Diskussion über »Wissenschaftswissenschaft« als auch die neueren Überblicke von DDR-Autoren über die wissenschaftspolitische Programmatik⁷⁵ bleiben Geistesgeschichte; Ideologieggeschichte als Gesellschaftsgeschichte im Sinne des Konzepts von Ludz (s. oben S. 605) können sie nur werden, wenn es gelingt, die zunehmend gesamtgesellschaftlich dimensionierten und zugleich verflochtenen Strukturen, die sich in der wissenschaftlichen Diskussion und der politischen Programmatik reflektieren, zu ermitteln. Ob sich diese auch von Burrichter implizierte Forderung einlösen läßt, sei hier nicht diskutiert. Entscheidend dafür ist nicht zuletzt die Gewinnung einer historisch-politisch angemessenen erkenntnistheoretischen Ausgangsbasis – unabhängig davon, ob solche Analysen auf Systemvergleiche zielen oder nicht⁷⁶.

IV. Zur wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung der DDR seit den 60er Jahren

Klaus Dieter Arndt hat im Vorwort zum Band *DDR-Wirtschaft, eine Bestandsaufnahme*⁷⁷ Umriss und Implikationen der für die Analyse und Darstellung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung relevanten erkenntnistheoretischen Problematik angedeutet. Die Position, von der er sagt, sie sei vielleicht die »der in langen, bisher unfriedlichen Zeiträumen denkenden Historiker«, führt zu einer Beurteilung des ökonomischen Systems als »Instrument einer Politik« und ist dadurch gekennzeichnet, daß die »Gesamtheit des politisch-ökonomischen Systems der DDR bei der täglichen Analyse nicht mehr in Frage gestellt« wird, daß jedoch im Gegensatz zu offiziellen Selbstdarstellungen Zielkonflikte und Widersprüche aufgedeckt werden. Die Widersprüche und Zielkonflikte lassen sich nach Arndt vor allem im Verhältnis zwischen der wirtschaftlichen Effizienz und der Politik thematisieren, wobei die Politik als Streben nach staatlicher Machterhaltung, bezogen auf die Gesamtheit der »Ostblock«-Länder, begriffen wird (S. 23 f.).

Nun ließen sich gegen diese Bemerkungen und ihre modellbezogenen theoretischen Implikationen aus der Sicht des Sozialhistorikers zwar Einwände vorbringen, die die Abgrenzung der Bereiche Wirtschaft und Politik betreffen; an dem Tatbestand, daß auch und gerade bei einer Unterordnung von »Wirtschaft« unter den Primat der Politik, der aus dem Anspruch, die sozialistische Gesellschaft aufzubauen, resultiert, Zielkonflikte entstehen, solange die sozialistische Gesellschaft international einzelstaatlich organisiert ist, dürften

73 Aktuelle Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Gesellschaftspolitik der SED, in: *Wissenschaft in der DDR*, S. 179 – 192.

74 *Rainer Rilling*, *Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Zur Entwicklung in der BRD und DDR*, Frankfurt 1975.

75 Autorenkollektiv (*Hans Joachim Beyer u. a.* unter Leitung von *Harry Nick*), *Wissenschaft und Produktion im Sozialismus. Zur organischen Verbindung der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus*, hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin – DDR 1976; Autorenkollektiv (*Michael Cienskowski u. a.*), *Wissenschaft. Stellung, Funktion und Organisation in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*, hrsg. von *Günter Kröber* und *Hubert Laitko*, Berlin – DDR 1975.

76 Vgl. die einleitenden Bemerkungen zu diesem Bericht.

77 *Peter Mitzscherling u. a.*, *DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme*, Frankfurt/Hamburg 1971.

keine Zweifel bestehen. Daß »Wirtschaft« in den 60er Jahren als operationables Teilsystem für die wirtschaftspolitische Praxis letztlich auch von DDR-Wissenschaftlern definiert wurde⁷⁸, kann die Sicht Arndts und der am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Westberlin arbeitenden Autoren allerdings bestärken und rechtfertigen. Politische Vorbehalte ließen sich aus historischer Sicht allenfalls bei Maßstäben der formulierten Kritik vorbringen, etwa wenn es heißt: »Marktmechanismen werden sicherlich weiter simuliert, aber es wird auch künftig nicht erlaubt, daß sie die staatliche zentrale Planung ersetzen« (S. 92); zu fragen wäre hier, ob die Diagnose der Marktsimulation angesichts der Tradition zentraler Planung angemessen ist oder ob sie vielmehr eine politischer Wertentscheidung entspringende Modellwahl voraussetzt, die aus der Tradition »westlicher«, an liberalkapitalistischen Normen orientierter Wirtschaftswissenschaft resultiert. Einer diesbezüglichen Kritik hätte allerdings zunächst die empirische Untersuchung – nicht nur ihre Deutung – der Anfänge der »sozialistischen Planwirtschaft« in der DDR Ende der vierziger Jahre voranzugehen⁷⁹. Die vorliegende »Bestandsaufnahme« beschränkt sich für die Zeit bis etwa 1963 jedoch auf wenige Bemerkungen, und die ausgewählten Literaturhinweise dieses datenreichen Nachschlagewerks, verfaßt von langjährigen Kennern der Materie, machen deutlich, daß entsprechende Untersuchungen noch fehlen. Die bisher einzige Darstellung der Geschichte der Wirtschaftspolitik in der SBZ/DDR durch *Hans Müller* und *Karl Reißig* von 1968 ist durch Schwächen gekennzeichnet, wie sie oben für die DDR-Historiographie am Beispiel von »Werden und Wachsen« illustriert wurden⁸⁰. Für die 60er Jahre kann die *Bestandsaufnahme* als wohlfeile Materialsammlung für eine Wirtschaftsgeschichte der DDR gelten, die zugleich auf einem gewissermaßen »mittleren« Schwierigkeitsniveau in die Organisation und immanente Problematik des in seinen Grundzügen noch bzw. wieder bestehenden Wirtschaftssystems einführt. Bei allem Nutzen, den die u. a. in einem über 100 Seiten umfassenden Anhang gebotene Dokumentation vor allem des wirtschaftlichen Wachstums in seinen verschiedenen Dimensionen hat, wäre für ein solches Handbuch allerdings wünschenswert, daß künftig diese Dokumentation zugunsten einer stärkeren Untermauerung der analytischen Argumentation zurücktritt. Beurteilungen wie die folgende könnten sonst als primär von den für Arndt als überwunden geltenden denunziatorischen Absichten geprägt erscheinen: »Die Beobachtung der Investitionstätigkeit läßt [...] nicht unerhebliche Tempowechsel erkennen. Doch beruhen diese Schwankungen nicht auf bewußter Zurückhaltung der Betriebe infolge unbefriedigender Ertragserwartungen, sondern sind im wesentlichen auf – wohl *systemimmanente* – Planungsfehler und eine unzureichende Anpassungsfähigkeit zurückzuführen.« (S. 169, Hervorhebung vom Rez.).

Zur Korrektur solcher möglichen Mißverständnisse kann das von *Ludwig Bress* und *Karl Paul Hensel* herausgegebene Buch *Wirtschaftssysteme des Sozialismus im Experiment – Plan oder Markt?*⁸¹ nützliche Dienste leisten. Ansatzpunkt dieser von acht Autoren verfaßten Analysen ist nicht das Wirtschaften, sondern die *Wirtschaftspolitik*, orientiert an den Euckenschen Grundkategorien »Ordnungspolitik« und »Prozeßpolitik«⁸². Analysiert wird in erster Linie die DDR, etwa ein Viertel des Bandes insgesamt nehmen jedoch ein Abriß

78 Vgl. z. B. Autorenkollektiv, *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*, Berlin – DDR 1969.

79 Vgl. dazu neuerdings die überkommene Urteile in Frage stellende Studie von *Josef Deckers*, *Die Transformation des Bankensystems in der sowjetischen Besatzungszone/DDR von 1945 bis 1952*, Berlin 1974.

80 *Hans Müller / Karl Reißig*, *Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, (hrsg. vom) Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin – DDR 1968.

81 *Ludwig Bress / Karl Paul Hensel u. a.*, *Wirtschaftssysteme des Sozialismus im Experiment – Plan oder Markt?* Frankfurt 1972.

82 Siehe *Walter Eucken*, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 2. Aufl., Tübingen / Zürich 1955.

der Geschichte der Wirtschaftstheorie und -politik »im Sozialismus« bzw. »in der Sowjetunion«, verfaßt von *L. Bress* (S. 14–32), eine analytisch orientierte Darstellung des »stalinistischen Wirtschaftssystems administrativer Planung«, verfaßt von *K. P. Hensel* und *H. Hamel* (S. 33–68), und ein Bericht über die »Experimente der sozialistischen Marktwirtschaft« in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in der CSSR vor 1968, verfaßt von *H. Hamel* (S. 170–208), ein. Aus dem dokumentierten Selbstverständnis der Politik in diesen Ländern als »Experiment« mit einem neuen, allenfalls ansatzweise operationabel definierbaren gesamtwirtschaftlichen Ordnungsmodell und aus »Experimenten« im »administrativen« Sozialismus z. B. der DDR bezieht der Titel des Buches eine Rechtfertigung. Die zweite ist demgegenüber problematisch, wenn es heißt, der Experimentcharakter sei deswegen gegeben, weil sich – »trotz umfangreicher und wohldurchdachter Konzeptionsentwürfe – weder die reformierten (administrativen) Systeme noch das System der sozialistischen Marktwirtschaft auf ausgebaute ökonomische Theorien stützen konnten« (*H. Hamel*, S. 68).

Problematisch erscheint auch der theoretisch postulierte notwendige Zwang zur ordnungspolitischen Grundentscheidung zwischen Effektivierung des »administrativen Sozialismus« oder Ersetzung des bestehenden Systems durch die »sozialistische Marktwirtschaft« (ebda., auch *Hensel*, S. 149). Der Diagnose, daß das Grundproblem des administrativen Sozialismus der »Widerspruch zwischen betrieblichen Erfolgsinteressen und dem Gesamtinteresse an Knappheitsminderung« (ebda.) sei, kann man insofern zustimmen, als fast die gesamte wirtschaftspolitische Diskussion, die *L. Bress* und *A. Beyer* im Abschnitt über »Reformexperimente im administrativen Sozialismus« (S. 69–148) beschreiben, um diese Problematik kreist. Nichtsdestoweniger ist, historisch gesehen, auch nach Ausweis dieses Buches der Zwang zur Entscheidung nicht immer und nicht primär allein im Bereich des Wirtschaftlichen zu suchen. Für Jugoslawien, wo die »sozialistische Marktwirtschaft« bereits 1952 eingeführt wurde, konzidiert *H. Hamel* selbst, daß »primär politische oder ideologische Gründe« diesen Schritt bestimmten (S. 172); und für Ungarns »leise Wirtschaftsreform« der »kleinen Schritte« nach 1964 ergibt sich die ordnungspolitische Entscheidung erst im analytischen Rückblick (S. 176 f.). Lediglich für die CSSR und für die DDR läßt sich die ordnungspolitische Diskussion als Reaktion auf wirtschaftliche Probleme zurückführen; entscheidend war für diese Staaten im Unterschied zu Ungarn jedoch, daß die wirtschaftsbezogene Diskussion von einer intensiven politisch-ideologischen Diskussion begleitet war, die in der CSSR die Ereignisse des Jahres 1968 stimulieren half und die in der DDR offensichtlich nicht nur marginal die Entscheidungen beeinflusste. Vor diesem Hintergrund wäre die zentrale These des Bandes, formuliert von *K. P. Hensel* im Abschnitt »Zyklus der Reformen in der DDR« (S. 149–169), zu diskutieren, daß in der DDR »1969/70 die Transformationsschwelle des Systems umfassender zentraler Planung, Leitung und Kontrolle zur sozialistischen Marktwirtschaft überschritten würde« (S. 152). Diese Transformation wurde bereits 1970 rückgängig gemacht. *Hensel* erklärt diese »Retransformation« mit der »Furcht« der SED-Führung, »die staatliche Kontrolle des betrieblichen Geschehens und der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus der Hand zu verlieren« (S. 169), und interpretiert sie als »eine Folge der Machtverlagerung« in der Parteiführung – mithin auch als Folge einer außerwirtschaftlich motivierten Entscheidung. Eine Untersuchung und nähere Präzisierung der Motive unterbleibt allerdings. Zu prüfen bleibt beispielsweise, ob die »Retransformation« nicht vielleicht weniger aus einem starken Machtsicherungsinteresse als aus außenpolitischen und damit außenwirtschaftlichen Festlegungen heraus resultierte, die den Beginn der »Ära Honecker« mit ihrer verstärkten Betonung der Verbindung der DDR mit der UdSSR markierte⁸³.

83 Siehe dazu *Heinz Lippmann*, Honecker. Porträt eines Nachfolgers, Köln 1971.

Der zweite Teil des Bandes, der u. a. die von Hensel formulierte These empirisch belegt, bietet jedoch »nur« eine bisher in solcher Eingängigkeit und Informationsdichte für keinen anderen Zeitraum vorliegende Beschreibung des Wirtschaftssystems der DDR Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre. Dargestellt werden die »prozeßpolitische Steuerung der betrieblichen Finanzmittel« (S. 215–220) und die »Reformen des Preissystems« (S. 221–274) von R. Knauff, die »Reformen des Außenhandelssystems« (S. 275–320) von P. Frank, die »Reformen des Vertragssystems« zwischen Betrieben oder Betriebsvereinigungen (S. 322 bis 342) von B. Frank und »Ökonomisch-mathematische Modelle als Instrumente zentraler Planung« (S. 343–360) von K. Scharnbacher. Eine detaillierte Darstellung dieser Berichte muß hier aus Raumgründen unterbleiben; hervorgehoben sei jedoch das hohe Maß an Empirie und Anschaulichkeit, das diese Teile des Buches bieten – Qualitäten, die sie bei der Beantwortung der oben gestellten Fragen nach den Motiven und Begleiterscheinungen der wirtschaftspolitischen Kursänderungen als Grundlage geeignet erscheinen lassen.

Der Wert der empirischen Orientierung dieses entscheidungsorientierten Ansatzes – vorwiegend handelt es sich angesichts versperrter Einsicht in die Willensbildungsprozesse um eine möglichst detaillierte Auswertung der gesetzlichen Grundlagen des wirtschaftlichen Handelns in den einzelnen Bereichen – für einen Historiker, der die DDR als Thema wählt, wird erkennbar, wenn man ihn mit wirtschaftswissenschaftlichen bzw. politökonomischen Publikationen anderer theoretischer Provenienz und Zielrichtung vergleicht. Zu nennen ist hier in erster Linie die sog. »linke« Kritik an der Wirtschaftspolitik in der DDR (und in den anderen »sozialistischen« Staaten Osteuropas), für die hier stellvertretend der Band von Udo Freier und Paul Lieber genannt werden soll⁸⁴. Moniert wird in diesen Publikationen die Nichteinlösung von Postulaten marxistischer Tradition durch die als »sozialistisch« ausgegebene Praxis in der DDR bzw. die im Sinne marxistischer Tradition ideologische Verschleierung der realen Zustände als »Sozialismus«. Maßstäbe dieser Kritik sind teils die chinesische Konzeption der postkapitalistischen Entwicklung oder das Konzept stalinscher Wirtschaftspolitik, das in der DDR, wie in der Sowjetunion auch, Ende der 50er Jahre aufgehoben wurde. Daß diese Kritik eher modellbezogen als an den realen Verhältnissen orientiert ist, lassen vor allem zwei Momente erkennen: zum einen die Unkenntnis der Genesis der stalinschen Politik, die nach Udo Freier bereits im russischen Bürgerkrieg maßgeblich war (S. 179)⁸⁵, und zum anderen die Außerachtlassung des unterschiedlichen Standes der Produktivkraftentwicklung in China und z. B. in der DDR. Zentrale Ansatzpunkte der Kritik sind der Fortbestand und die Intensivierung der Warenproduktion in dem als historische Gesellschaftsformation verstandenen »Sozialismus« – ein Tatbestand, der dazu führe, daß der historische Prozeß in Richtung auf den Kommunismus aufgehalten wird. Nachdem in der DDR eine Zielscheibe dieser »linken« Kritik, das Begreifen des »Sozialismus« als eigenständige Übergangsgesellschaft, aufgegeben wurde⁸⁶, hat sich noch keine zusammenhängend formulierte Gegenposition herausgebildet. Nichtsdestoweniger bleibt als Fundamenteinwand gegen die Kritik bestehen, daß sie im Bezugssystem der *Nationalökonomie* entwickelt wurde und dem Problem der für das wirtschaftliche Wachstum der DDR notwendigen Intensivierung des Außenhandels – insbesondere mit den kapitalistischen Ländern – und den daraus resultierenden Einwirkungen auf die Preispolitik in der DDR keine Beachtung schenkte⁸⁷.

84 Paul Lieber / Udo Freier, Politische Ökonomie des Sozialismus in der DDR, Frankfurt 1972. Wichtige Anstöße zur Diskussion in der »Linken« gab Walter Lindner, Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration? Zur Analyse der Wirtschaftsreformen in der DDR und in der CSSR, Erlangen 1971.

85 Für die unterschiedlichen Bedingungen siehe zuletzt Richard Lorenz, Sozialgeschichte der Sowjetunion I, 1917 – 1945, Frankfurt 1976, S. 111 ff., 121 ff., 182 ff.

86 Als Beleg siehe dafür *Die entwickelte sozialistische Gesellschaft* (Anm. 15).

87 Siehe dazu Peter M. Frank, Die Außenhandelsordnung im Ökonomischen System des Sozialismus. Versuche zur Lösung des Interessenproblems, Wirtschaftswiss. Diss. Marburg 1971.

Weitere stichhaltige Einwände gegen Freier und Lieber wie auch gegen andere sowohl affirmative als auch kritische Positionen der Analyse der DDR-Wirtschaft hat *Renate Damus* in ihrem Buch *Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme der DDR-Wirtschaft* detailliert formuliert (Teil I, S. 9–49)⁸⁸. Entscheidend ist, daß auch diese Einwände aus marxistischer Analyse-Tradition heraus vorgebracht werden und – im Gegensatz etwa zu den Studien aus dem Umkreis der Schule Hensels⁸⁹ – die gesamtgesellschaftliche Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wirtschaftspolitik im Auge behalten. Diese Perspektive schließt die historisch-genetische Betrachtungsweise ein und bezieht ihre Argumentation auf das in der DDR proklamierte Ziel des Ausbaus der »sozialistischen« Gesellschaft. Als zentrale These von Renate Damus läßt sich formulieren: Nicht die Aufhebung der Warenproduktion ist für die Gestaltung sozialistischer Verhältnisse aktuell, sondern angesichts des dafür »unzulänglichen« Standes der historischen Bedingungen ist »streckenweise sogar eine verstärkte Betonung geplanter Wertkategorien als Vermittlung zwischen [...] verschiedenen Entscheidungsebenen« des Gesellschaftsprozesses vonnöten, wenn Sozialismus und damit u. a. der Warencharakter auch der Arbeit durch die planmäßige Produktion und Verteilung und die bewußte Beteiligung des einzelnen Produzenten und ihre Durchführung auf allen Ebenen gekennzeichnet sein soll (in Anlehnung an S. 13).

Dieses Ernstnehmen sowohl der traditionellen Zielbestimmung von »Sozialismus« sowie die Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen Dimension des Wirtschaftsprozesses läßt R. Damus die Unterscheidung in plan- und marktwirtschaftliche sozialistische Systeme bei der Analyse der DDR ablehnen. Die historisch-empirische Untersuchung der Vergangenheit läßt sie – übereinstimmend mit den meisten Betrachtern – die Wirtschaft der DDR in bezug auf die Entscheidungen als bürokratisch zentralisiert beschreiben, die Phase von etwa 1967–1970 qualifiziert sie im Gegensatz etwa zu den Autoren aus dem Kreis um Hensel als Phase »indirekter Zentralisierung« der Entscheidungen, und für die Zeit danach spricht sie von einer »verstärkt direkten Zentralisierung«. Schließlich plädiert sie im Sinne des »Sozialismus«-Zieles für ein »System verstärkt indirekter Zentralisierung«. Bezogen wird diese Entscheidungsanalyse auf die Theorien sozialistischer Wirtschaft von Charles Bettelheim⁹⁰ und Włodzimierz Brus⁹¹; Bettelheim steht hier für eine Richtung, die zentrale Planung als entscheidendes Kriterium für das sozialistische Wirtschaften hält, der polnische Wirtschaftswissenschaftler Brus steht für die sozialistischen Theoretiker, die die Unmöglichkeit der Vereinbarkeit von gesamtgesellschaftlicher und etatistisch-zentraler Planung behaupten. Für die Position von R. Damus als empirische Analytikerin ist bezeichnend, daß sie nach einer detaillierten Untersuchung der Maßnahmen zwischen 1967 und 1970 Brus zwar nicht prinzipiell, doch historisch, d. h. bezogen auf die betrachteten Verhältnisse, Recht gibt (S. 176). Der prinzipielle Streit braucht hier nicht diskutiert zu werden. Auch R. Damus kann für die Realisierung von zugleich einzel- und gesamtwirtschaftlicher Effektivität keine zweifelsfrei praktikablen Modelle aufzeigen. Der Umkreis der dabei zu beachtenden Themen wird deutlich bei der Auflistung der Probleme, die 1970 zur Ablösung der indirekt zentralisierten Planung, die sich auf die monetäre Steuerung der Wirtschaft an der Leitlinie von Perspektivplänen konzentrierte, führte. Weder theoretisch noch praktisch seien gelöst gewesen:

88 Frankfurt 1973.

89 Siehe oben S. 610. Als zentral für diese »Schule« können folgende Schriften angesehen werden: *K. Paul Hensel*, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung, 2. Aufl., Stuttgart 1959, und *Gernot Gutmann*, Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1965.

90 Vgl. besonders *Charles Bettelheim*, Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft, Berlin 1970; *ders.*, Theorie und Praxis sozialistischer Planung, München 1971.

91 Vgl. bes. *Włodzimierz Brus*, Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt 1971.

- das technische Problem der gesamtgesellschaftlichen Information,
- das Problem der Preisgestaltung als Mittel für die Schaffung eines proportionalen Gleichgewichts zwischen den »planerisch bejahten« gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen, dem technischen Fortschritt und dem einzelwirtschaftlichen Gewinn,
- das Problem, einzelwirtschaftliche Entscheidungen über Programm und Ort der Produktion mit zentral erkannten Strukturerefordernissen zu vereinbaren,
- das Problem der Funktionen und Kompetenzen der Banken als Kreditgeber bei Investitionen.

Der Maßnahmenkatalog, der ab 1970 zur »Leitung und Planung«⁹² der Volkswirtschaft eingeführt wurde und den R. Damus von seinen gesetzlichen Grundlagen her beschreibt (S. 92–183), läuft darauf hinaus, die Verbindlichkeit der Volkswirtschaftsplanung gegenüber der einzelwirtschaftlichen Planung zu stärken, nachdem sich die Tendenz abzeichnete, daß das 1967 eingeführte einzelwirtschaftliche Gewinnstreben letztlich nur ex post mit den für die Gesamtwirtschaft formulierten Zielen koordinierbar war. Die neuen Maßnahmen suchten hier eine neue Balance zwischen der Stimulierung der einzelwirtschaftlichen Kalkulation und der administrativen Zielvorgabe nebst der Kontrolle ihrer Realisierung, die sich als starke Verbindung von finanzieller und monetärer Planung beschreiben lassen. Die flexible Gestaltung der Preise wird auch bei dieser gesamtgesellschaftlich dimensionierten kritischen Betrachtung – ähnlich wie in der auf den Gegensatz von Wirtschaft und Politik konzentrierten Analyse – zu einem Zentralproblem.

V. Zur Problematik von Vergesellschaftung, zentraler Planung und Demokratie

Renate Damus' marxistischer Analysetradition verpflichtete polit-ökonomische Untersuchung der Funktions- und Entscheidungsprobleme des DDR-Wirtschaftssystems in den ausgehenden 60er und beginnenden 70er Jahren orientiert sich gleichermaßen an dem Ziel der wirtschaftlichen Effizienz wie dem der Vergesellschaftung der Produktion, d. h. der Teilnahme aller Produzenten an Planung der Produktion und Verteilung des Erwirtschafteten. Die Berücksichtigung der historischen Bedingungen, insbesondere des Standes der Produktivkräfte in der DDR, führt sie dazu, für die Realisierung dieser Ziele durch eine Erweiterung der Dispositionsbefugnis auf der »mittleren« Entscheidungsebene im Wirtschaftssystem in Anknüpfung an die 1967–1970 vorherrschende Tendenz zu plädieren. Auf dieser »mittleren« Ebene der großen Einzelunternehmen, Kombinate oder »sozialistischen Konzerne« (VVB) könne eine Vermittlung zwischen volkswirtschaftlicher Planung und einzelwirtschaftlichem Kalkül stattfinden und eine Voraussetzung für die »Vergesellschaftung« geschaffen werden.

Dieser Versuch einer gesamtgesellschaftlichen Analyse, der sich auf die ökonomischen Funktionsmechanismen konzentriert, wird zwar durch die Kategorie der »Vergesellschaftung« zur Systemkritik, doch ist zu bezweifeln, daß sich diese Kategorie auch zur Beschreibung der tatsächlichen Verhältnisse eignet. Einmal davon abgesehen, ob sich in absehbarer Zeit alle Produktionsbereiche, also auch z. B. die Rüstungsindustrie, »vergesellschaften« lassen, scheint es, daß bei Anwendung dieses Ansatzes die Existenz von politischen Instanzen und gesellschaftlichen Organisationen und ihre immanente Tendenz zur Beharrung und Verselbständigung unterschätzt werden. So sehr die Kategorie der »Vergesellschaftung« zur Kritik bestehender Verhältnisse und ihrer ideologisch-legitimatorischen Beschreibungen auch taugt – ihr Nutzen scheint auf die Ebene der Reflexion beschränkt. Als Systemziel bzw. als aus marxistischer Tradition begründete historische Norm verstanden, dürfte sich »Ver-

92 Zuvor hieß es »Planung und Leitung«; vgl. z. B. die entsprechende Schriftenreihe »Planung und Leitung der Volkswirtschaft«.

gesellschaftung« nur in überschaubaren Teilgebieten verwirklichen lassen, die durch theoretische Konzepte, die infolge ihrer Sanktionierung durch politische Institutionen die Qualität von Ideologie gewinnen können, voneinander abgegrenzt und aufeinander bezogen werden. An der Diskussion über die »Demokratie« in der DDR und an ihrer Analyse läßt sich diese Problematik zeigen.

Für *Willy Wynigers* Buch über »Demokratie und Plan in der DDR«⁹³ wäre der ursprüngliche Dissertations-Titel »Aktuelle Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution im Spiegel der DDR-Ideologie« angemessener gewesen, denn primär handelt es sich um die Beschreibung von Argumenten, Modellvorstellungen und Interpretationen, wie sie in den 60er Jahren in der DDR in bezug auf drei Problemkreise vorherrschten: 1. zur Kategorie »sozialistische Produktionsverhältnisse«, 2. zur »wissenschaftlich-technischen Revolution«, 3. zur »sozialistischen Demokratie«. Diese ansatzweise die soziologische Diskussion in der DDR referierende Darstellung – wobei aus nicht näher erläuterten Gründen sämtliche Positionen im Begriff der »DDR-Ideologie« zusammengefaßt werden, ohne daß die Art und Weise dieser Synthetisierung transparent wird – wäre in dieser Übersicht eher dem Abschnitt über die Wissenschaftsentwicklung zuzuordnen, wenn nicht der Autor in einem methodisch fragwürdigen Verfahren eine Beurteilung der soziologischen Theorien auf der Basis historischer Common-sense-Einsichten (z. B. S. 99 f. und 115ff.) vorgenommen hätte und dadurch über die ideologiegeschichtliche Betrachtung gemäß dem Konzept von Ludz (siehe oben S. 605) hinauszugehen beansprucht, diesen Anspruch jedoch nicht einlöst. Auf die theoriebezogene Auseinandersetzung Wynigers mit Ludz und die Rechtfertigung seiner eigenen Position, die als »immanente Kritik« bezeichnet wird, kann hier nicht ausführlich eingegangen werden. Wichtig für das Verständnis der Darlegungen Wynigers erscheinen jedoch zwei Voraussetzungen, die zugleich seine Vorgehensweise kennzeichnen: 1. das Postulat einer als geschlossen formulierbar begreifbaren marxistisch-leninistischen Theorie, die sich auf »Klassiker« stützt, 2. (als Resultat aus 1.) die unproblematisierte Identifizierung der Parteiherrschaft der SED als Klassenherrschaft der Arbeiter. Wenn Wyniger auch andeutet, daß er sich grundlegender Voraussetzungen der Arbeit der Gesellschaftswissenschaftler in der DDR bewußt ist (vgl. besonders seine Bemerkungen über die »verbindliche Sprachregelung« als Resümee, das historische Tatsächlichkeiten verbalisiert, auch wenn andere Kausalitäten zu sehen wären«, S. 28), so wird dieser Sachverhalt doch nicht historisch-systematisch problematisiert, sondern bildet eine hermetische Betrachtungsgrenze, die durch den Buchtitel mehr verwischt wird als durch den ursprünglichen Titel.

Teilt man die Prämisse Wynigers (S. 28), daß »alle sozialistisch historische Sprachregelung [...] Planung, vorweggenommene Zukunft«, ist, würde man vom Titel des Buches her Aufschluß über die Art und Weise, Planung und Demokratie in der »sozialistischen« DDR zu realisieren, erwarten. Entsprechende Erwartungen werden enttäuscht. Zwar stellt Wyniger auf knapp 2¹/₂ Seiten (S. 120–122) Ablauf und Mechanismus des NÖSPL an Hand der gesetzlichen Bestimmungen dar und gibt eine ähnliche Einschätzung, wie sie W. Förster⁹⁴ u. a. vor und nach ihm gegeben haben (Erweiterung des »Aktionsradius« der Einzelbetriebe, S. 121), geht dann jedoch ohne weitere Problematisierung zu der Feststellung über: »Der Betrieb ist die wichtigste Instanz, wo die Produzenten ihre Interessen als Einfluß auf Planung und Gestaltung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses wahrnehmen sollen« (S. 122). Gedacht wird dieser Prozeß als »zielstrebiges kybernetisches System« mit Regler (zentrale Planungsinstanzen) und Teilsystemen: »Das Teilsystem Einzelbetrieb

93 *Willy Wyniger*, Demokratie und Plan in der DDR. Probleme der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution (= Sammlung Junge Wissenschaft), Pahl – Rugenstein Verlag, Köln 1971.

94 *Wolfgang Förster*, Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung. Ein Beitrag zur Diagnose der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und ihrer Reformen aus betriebswirtschaftlicher Sicht, Berlin 1967.

liefert Daten an den Regler, der diese koordiniert und aufeinander abstimmt. Soll die »so gefundene Gesamtrationalität des Systems adäquat in Praxis umgesetzt werden, so hat demzufolge jedes Subsystem auch die Durchführung seiner Teilaufgabe zu garantieren« (S. 129). Die demokratische Qualität dieses Prozesses entsteht dadurch, daß der einzelne Mensch »die intellektuellen Voraussetzungen erwirbt und sie in der täglichen Arbeit einsetzt« und auf diese Weise »unter sozialistischen Produktionsverhältnissen faktisch auch über die Produktionsmittel und Produktionsresultate« bestimmt und »Eigentümergefunktion« ausübt (S. 127).

Demokratie gemäß radikaldemokratischer Tradition, in der der Marxismus steht, wäre im Sinne dieses zielstrebigen kybernetischen Systems dann realisierbar – so ließe sich folgern –, wenn alle Informationen, über die der Regler bei der Koordination verfügt, zugänglich, die Begründung für jede »Teilaufgabe« von den Produzenten nachprüfbar wäre. Nur so könnte die Eigentümergefunktion des einzelnen Werktätigen in einem sozialistischen Betrieb materiell fundiert werden. Wie weit ein solches Modell – unter Zuhilfenahme mathematisch-statistischer Methoden und Modelle – realisierbar ist, braucht hier nicht diskutiert zu werden; entscheidend ist, daß die Kontrollierbarkeit des Reglers gegeben sein muß, wenn »Demokratie« als Zielbegriff nicht völlig sinnentleert werden soll. Hier ist nun entscheidend, daß Wyniger sich nicht auf eine derartige konkrete »formal«-analytische Ebene begibt, sondern den in der DDR gebrauchten Demokratiebegriff am Konzept der Erziehungsdiktatur (S. 22 f.) im Sinne der Leninschen Tradition identifiziert, das Demokratie aus »objektiven« historischen Interessen herleitet und mit dem Avantgarde-Anspruch der Partei der Arbeiterklasse verklammert.

Die Konsequenzen, die ein solch affirmatives Vorgehen, das R. Damus durch die Kategorie der »Vergesellschaftung« vermeidet, für eine geschichtswissenschaftliche Darstellung haben kann, läßt sich an der Arbeit des DDR-Historikers *Dietmar Keller*⁹⁵ zeigen. Für die Jahre 1948–1952, eine Zeit, in der nach Ansicht selbst von Gesellschaftswissenschaftlern der DDR die administrative Komponente bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere im Bereich der Ökonomie, eindeutig vorherrschte⁹⁶, will er den »Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR« nachzeichnen. Daß dies für ihn hinsichtlich ihrer analytischen Anforderungen keine sonderlich schwierige Aufgabe ist, deutet sich bereits zu Beginn des Buches an, wenn der Verfasser einem ubiquitär-diffusen Demokratiebegriff das Wort redet, bezogen auf eine »sozialistische Demokratie, die auf den verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Formen alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens durchdringt« (S. 8). Wenn dann zusätzlich für die Zeit der sowjetischen Besatzungsherrschaft die Autorität eines Rechts- und Staatswissenschaftlers bemüht wird, um diese Herrschaft als Demokratie in der Tradition der Volkssouveränität zu identifizieren⁹⁷, wird der Grundzug der Argumentation deutlich: Demokratie konstituiert sich nicht primär in ihrem alltäglichen Vollzug, sondern ergibt sich aus der historischen Klassifizierung einer gesamtgesellschaftlich dimensionierten Situation. Nachzeichnen will Keller den Prozeß des Übergangs von der antifaschistischen, als revolutionär begriffenen, zur sozialistischen Demokratie im »Bereich der materiellen Produktion«. Keller weiß sich zu Recht in der marxistischen Tradition, wenn er davon ausgeht, »daß mit der Erschließung dieses Bereichs der materiellen Produktion die sozialistische Demokratie ihre welthistorische Überlegenheit begründet und verankert« (S. 8). In-

95 *Dietmar Keller*, Lebendige Demokratie. Der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR 1948 bis 1952, Berlin – DDR 1971.

96 Hinweise dazu bei *Wyniger* (Anm. 93), S. 116.

97 »Staat und Recht waren nicht mehr Mächte über und gegen das Volk. Die Demokratie wurde zur Staats- und Lebensordnung, weil sie unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei realisierte Volkssouveränität war« (*Karl-Heinz Schöneburg*, Vom Wesen antifaschistischer Demokratie, in: Sozialistische Demokratie, Nr. 34, 26. 8. 1966, S. 5), zit. S. 16.

dem er jedoch diese »Erschließung« an die Durchsetzung der Führungsgewalt der zunehmend zentralistisch strukturierten Organisation der Partei der Arbeiterklasse gegenüber den an der materiellen Produktion Beteiligten, vor allem gegenüber den Arbeitern, bindet, engt er diese Tradition allerdings undiskutiert auf ihre marxistisch-leninistische Variante sowjetischer Provenienz ein. Bei allem Bemühen, »Masseninitiativen« als soziale Prozesse zu formulieren, etwa bei der Beschreibung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung ab 1947 (S. 66 ff.), wird doch deutlich, daß es sich eher um zentral gesteuerte Mobilisierungskampagnen handelte, initiiert von der SED-Führung, transmittiert über und stimuliert von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, manchmal begünstigt von Instanzen der Wirtschaftsverwaltung (wenn es um Produktionssteigerungen ging) sowie – von Keller allenfalls marginal berücksichtigt – von Prämien und anderen materiellen Leistungsanreizen und getragen vor allem von im Sinne der Parteipolitik engagierten Arbeitern (nur bei diesen dürften die ideellen Leistungsanreize von Belang gewesen sein). Im historischen Längsschnitt ergibt sich nach Keller wie nach früheren Darstellungen⁹⁸ folgendes Bild: Zwar zeigten sich unmittelbar nach Kriegsende Bestrebungen nach Demokratie im »Bereich der materiellen Produktion«; die »Aktivisten der ersten Stunde«, die vielfach für die Wiederingangsetzung der Betriebe sorgten und erste Entnazifizierungsaktionen des Führungspersonals durchführten, entschieden real mit über Umfang und Art und Weise der Produktion; doch nach der ersten Rekonstruktionsphase, mit der Schaffung der Volkseigenen Industrie und vor allem mit ihrer zentralplanwirtschaftlichen Organisation, wuchs auch die Bedeutung der Gremien der Organisationen, die sich als Koordinationseinrichtungen, Erziehungsinstrumente und Interessenvertretungen der Arbeiter verstanden, zu Lasten der direkten Teilnahme der Werktätigen am wirtschaftlichen Entscheidungsprozeß. Zum Maßstab für »Demokratie« wird für Keller einerseits das »Verantwortungsbewußtsein der Arbeiterklasse«, das sich in der Bereitschaft, den zentralen Weisungen und Parolen zu folgen, gezeigt habe. »Demokratie« als Zielbegriff wird andererseits nur zu einer Argumentationsbasis dieser Zentralinstanzen für ihre Konzepte der »Einbeziehung immer breiterer Kreise der Arbeiterklasse in die Ausarbeitung langfristiger Wirtschaftspläne«. Verhalten ist auch im Rückblick meßbar, Motive nicht. Warum die »Aktivisten-«, »Neuerer-« und »Erfinderbewegung« zunahm, bleibt im Dunkel. Zustimmung zu Vorschlägen mit administrativem Charakter, wie sie 1951 für die Einführung des Betriebskollektiv-Vertrages in Resolutionen vorgewiesen werden (S. 202 ff.), signalisiert nicht eindeutig ein bestimmtes Bewußtsein, wenn bekannt ist, daß als Alternative nur die letztlich existenzgefährdende Weigerung blieb. Die genaue Dokumentation der Reaktion in den Betrieben auf die Unterordnung der Betriebsräte durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) und, kurze Zeit später, auf die Auflösung der Betriebsräte würde hier exaktere Anhaltspunkte geben.

Was den integrativen Aspekt von »Demokratie«, die Schaffung der »sozialistischen Demokratie« im Zuge der Einführung der Zentralplanwirtschaft angeht, so machen bereits die bei Keller abgedruckten Diagramme (S. 64 f., 188 f., 192) deutlich, daß die »Einbezogenen« allenfalls als höhere Funktionäre von Gewerkschaften und Parteien Einwirkungsmöglichkeiten auf Teilaspekte der Planung und Leitung der Volkseigenen Wirtschaft besaßen (S. 187 f.). Von einer »Einbeziehung« der Werktätigen in ihrer Funktion als schlichte Arbeiter und Angestellte in die langfristige Planung kann – von der Erfüllung der auf die Betriebe aufgeschlüsselten Planaufgabe abgesehen – kaum die Rede sein. Kellers Ausführungen zu diesem Thema bleiben dementsprechend recht summarisch (S. 117 f.). Die 1947 eingerichtete »Volkskontrolle«, möglicher Ansatzpunkt gesamtgesellschaftlicher Teilnahme am volkswirtschaftlichen Entscheidungsprozeß, wurde durch die Überführung in ein zen-

98 Siehe insbesondere *Waltraud Falk* unter Mitarbeit von *Horst Barthel*, *Kleine Geschichte einer großen Bewegung. Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR*, Berlin - DDR 1966.

tralisiertes staatliches Instrument, dessen untere Instanzen nur Konsultationsfunktion hatten, nicht aber über Sanktionsgewalt verfügten und eng mit den gesellschaftlichen Organisationen außer den Gewerkschaften verflochten waren, auch nicht zu einer Einrichtung, in der sich ein Einfluß der Werktätigen – hier vorwiegend in ihrer Funktion als Staatsbürger und Konsumenten – realisieren konnte (S. 172 ff.). In welchem Umfang zentrale Planungsstellen Hinweise aus Wand- und Betriebszeitungen und von lokalen und regionalen Gremien gesellschaftlicher Organisationen, in denen Keller zufolge die Werktätigen ihre Teilnahmerechte verwirklichten, berücksichtigt haben, ist bisher nirgends dokumentiert. Entscheidungen wurden jedenfalls maßgeblich auf solchen Ebenen der Hierarchie vorbereitet, getroffen und in ihrem Vollzug kontrolliert, auf denen Werktätige allenfalls durch die Wahl der Leitungsfunktionäre der Partei- oder Massenorganisationen Einfluß nehmen konnten.

Angesichts solchermaßen sich abzeichnender und vielfach beklagter Strukturen Demokratie nachweisen zu wollen, ist wohl nur aus Motiven der Defensive zu erklären. Wo Demokratie nicht Entscheidung zwischen Handlungsmöglichkeiten bedeutet, sondern allein am Grad der Zustimmung gemessen wird, muß Polemik und Leerformeltiefsinn bemüht werden, um Argumentationslücken zu schließen. Bezogen auf westdeutsche Kritiken an der Durchsetzung von Betriebskollektiv-Verträgen (1951)⁹⁹, schreibt Keller: »Die Angriffe, gleich aus welcher Richtung sie kommen und in welchen Schattierungen sie vorgetragen werden, richten sich gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Die Forderungen nach Gewährung bürgerlicher Freiheiten sind nichts anderes als Forderungen nach Freiheit für die Konterrevolution. Die breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie vollzieht sich nicht durch Gewährung oder Restauration bürgerlicher Freiheiten, durch Deklarationen oder Beschlüsse, sondern nur im Kampf für die Entwicklung eines sozialistischen Gesellschaftssystems. Diesen Kampf bestreiten aber kann ›nicht eine Minderheit‹, sondern es sind ›Dutzende von Millionen, wenn sie es lernen, das selbst zu tun‹ (Lenin). Deshalb steht die Diktatur des Proletariats auch nicht im Gegensatz zur sozialistischen Demokratie. Das eine ist seinem Wesen nach das andere« (S. 209). Der Versuch, diesen Lernprozeß als Anpassung an vorgegebene Rahmenbedingungen (Weisungen der Besatzungsbehörden, nationale Politik, produktionstechnische Bedingungen z. B.), die zwar nur in ihren Erscheinungsformen und nicht ihrem »Wesen« nach faßbar sind, präzise nachzuzeichnen, wäre im Blick auf die Geschichte und das praxisbezogene Bewußtsein ehrlicher gewesen als das Strapazieren eines schillernden Demokratiebegriffs. Die Leistungen, die die Arbeiter und ihre Vertreter in den politischen und administrativen Leitungsinstanzen vollbracht haben, wären dadurch nicht geschmälert worden.

Hinweise für eine derartige Darstellung hätte das 1958 veröffentlichte Buch von *Benno Sarel* »La classe ouvrière en Allemagne orientale« liefern können, das jetzt erstmals in deutscher Sprache mit einem polemisch zugespitzten Titel, den die inhaltliche Tendenz der Studie nicht voll rechtfertigt, vorliegt¹⁰⁰. Unter weitgehendem Verzicht auf Verknüpfung von Beobachtungen durch »Klassiker«-Zitate und »Wesens«-Erläuterungen wird hier versucht, »über die Erfahrungen der Arbeiter und wie sie reflektieren« (S. 8) zu berichten. Man mag über den theoretischen Ansatz – postuliert wird die Arbeiterklasse als gesamtgesellschaftlich dimensionierte Gruppe, abgehoben von den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen und -instanzen, kurz: abgehoben vom Regime – und vor allem über die bei diesem Ziel fragwürdige Quellengrundlage (fast ausschließlich die vom Regime kontrollierten Publikationen) streiten; man mag das Buch insgesamt für eine Synthese aus Impressionen

99 Z. B. *Alfred Leutwein*, Der Betriebskollektivvertrag in der sowjetischen Besatzungszone, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1955.

100 *Benno Sarel*, Arbeiter gegen den »Kommunismus«. Zur Geschichte des proletarischen Widerstandes in der DDR (1945 – 1958). Übersetzung aus dem Französischen von Heidrun Leschke und Peter Liebl (= Schriften zum Klassenkampf, Bd. 43), Trikont Verlag, München 1975.

und politiktheoretischen Verlaufsmo­dellen halten – eines hat es der Kellerschen Analyse voraus: differenzierte Kategorien zur Beobachtung und Beschreibung des Verhaltens der Arbeiter. Das Grundmuster der Deutung des historischen Prozesses unterscheidet sich dabei nicht einmal grundsätzlich von dem Kellers; es läßt sich an einem schlußfolgernden Satz Sarels erkennen: »Die Arbeiterklasse, der die Verwaltung der Fabriken zugleich angeboten und vorenthalten wird, entwickelt Vorstellungen über die Selbstverwaltung, sie kommt zu einer Umgruppierung und muß schließlich ihren Kampf im gleichen Maße entwickeln, in dem sich die Organisation perfektioniert, die ihr am Arbeitsplatz Fesseln anlegt« (S. 219). Den Irrtum Sarels, der 1956 ein Zusammengehen zwischen Arbeitern und marxistischen Intellektuellen und darin die Chance für die Eroberung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse sah (S. 189 ff.), einmal außer acht gelassen, kommt hier vor allem der Konfliktcharakter der Beziehung zwischen Führung und Geführten zum Ausdruck. Dieser Konfliktcharakter wird bei Keller, obgleich er in der von ihm betonten Verschränkung von Demokratisierung und Integration (= Einbeziehung) in die Planung und Leitung der gesellschaftlichen Produktion angelegt ist, vernachlässigt zugunsten der überstarken Hervorhebung der historisch-politischen Perspektive der Identität von Arbeiterpartei und Arbeiterklasse bzw. von Führung und Geführten. Die Fragwürdigkeit der Kellerschen Perspektive ist oben dargetan worden; die Fragwürdigkeit der Sarelschen Perspektive hätte dem Autor an zwei Stellen deutlich werden können; sie ist es offensichtlich nicht geworden. Zweimal betont er eindringlich, daß der Einfluß der Arbeiter auf die Produktion nicht allein durch Maßnahmen des Regimes unterbunden wurde, sondern auch an der mangelnden Kompetenz derer, die zur Einflußnahme aufgerufen waren, scheiterte: zum einen die 1947/48 gebildeten Volkskontrollausschüsse, die meist nicht in der Lage waren, »den buchungstechnischen Aspekt des Güterkreislaufs zu erfassen« (S. 36), zum andern die Ende 1953 eingerichtete »Arbeiterkontrolle«, die sich »im Gestrüpp der Rechnungsbücher, der Rechtsvorschriften der Verträge zwischen den Kaufhäusern und Produktionsbetrieben« verloren habe (S. 180 f.). Es ist bezeichnend für die historisch-politische Perspektive Sarels, daß er diese Problematik zwar erwähnt, jedoch nicht konsequent auf ihre Lösungsmöglichkeiten befragt. Die Realisierung der Dezentralisierungsbemühungen für das Planwirtschaftssystem Mitte der 50er Jahre, die sich mit dem Namen des Ökonomen Fritz Behrens verbinden – mit einem jener Intellektuellen also, auf die Sarel seine Hoffnung setzte –, hätte diese praktische Problematik kaum bewältigt. Den Fortgang der wissenschaftlich-technischen Revolution vorausgesetzt, wären spätestens in den ausgehenden 60er Jahren, als die Datenverarbeitung und die Exportorientierung (»Weltmarktniveau«) der DDR-Wirtschaft die betrieblichen Abläufe zu determinieren begannen, vergleichbare Probleme aufgetaucht¹⁰¹.

Von solchen Erwägungen her läßt sich zumindest begreifen, warum seit Ende der 40er Jahre die Lohndifferenzierung und die materiellen Anreize zu den entscheidenden »Hebeln« der Wirtschaftspolitik in der hochindustrialisierten DDR wurden, nachdem zuvor versucht wurde, primär über das Mittel emotionaler Mobilisierung (durch die hier ausführlich nachgezeichnete »Aktivisten-« und »Wettbewerbsbewegung«) die Produktion und Produktivität zu steigern. Alternativen zu dieser Entwicklung hätten dem Sachverhalt, der mit dem Terminus »wissenschaftlich-technische Revolution« umschrieben wird, Rechnung zu tragen. Es mag als bezeichnend angesehen werden, daß das Nachwort zur deutschen Ausgabe von Sarels Studie von Herbert Röttgen, das dem »Arbeiterkampf« und der »Klassenzusammensetzung in der DDR seit Beginn der 60er« gilt (S. 227–238), eine diesbezügliche Alternative nicht formuliert, sondern nur Aspekte der Entwicklung in kritischer Absicht und mit Polemik gegen die Bedingungen produktivitätsorientierter Fertigungsprak-

101 Das heißt nicht, daß ein Befolgen der Vorschläge von Behrens und Benary nicht zu gesamtgesellschaftlichen Änderungen geführt hätte (vgl. oben S. 602).

tiken, die als »revisionistisch« qualifiziert werden, festhält. Ob, wie Röttgen nahelegt, die Mitte der 60er Jahre zu verzeichnende hohe Fluktuation der Arbeiter zu Recht als Protest interpretiert wird, sei dahingestellt. Bei dieser Beurteilung scheint eher der modellartige Untersuchungsansatz von der handlungsfähigen Arbeiterklasse, die sich dem Regime widersetzt, durchzuschlagen.

Verglichen mit dem Anspruch Sarels verfolgt eine Studie von *Uwe Wagner*¹⁰² eine simple Zielsetzung. Ihr geht es auf der Basis der als bewiesen angesehenen Einschätzung, daß in der DDR politisch der »Revisionismus« herrsche und ökonomisch durch den »Revisionismus« der Kapitalismus restituiert sei, um die Rekonstruktion der Genesis dieses »Revisionismus« anhand der Steuerung der Massenmobilisierung. Mithilfe eines gegenüber Sarel erheblich erweiterten Kenntnis- und Forschungsstandes wird hier die Linie von der eher agitatorisch-emotionalen Steuerung zum Prinzip der Anwendung »ökonomischer Hebel« schlüssig nachgezeichnet, allerdings in kritischer Absicht. Theoretisch läßt sich die Position Wagners am besten durch die Ablehnung des Ansatzes von R. Damus illustrieren: Es wird nicht nur die in sozialistischer Perspektive notwendige Überwindung der Trennung von Politik und Ökonomie postuliert, sondern es wird bereits rückblickend kritisiert, daß der Ökonomie bereits zuviel relative Eigenständigkeit eingeräumt wurde. Eine praxisbezogene Reflexion, die darauf zielt, danach zu fragen, wie die als Handlungsbereiche begriffenen Komplexe Politik und Ökonomie historisch angemessen zu verklammern sind, wird abgelehnt mit dem Hinweis auf die Bedürfnisstruktur der Bevölkerung, die sich auf Güter und nicht auf Waren richte (S. 166). Es ist bezeichnend für diese auf dem Primat der Politik basierende Argumentation, daß sie den konkreten, zunehmend technologischen Reproduktionsbedingungen der DDR-Wirtschaft und ihrem Angewiesensein auf Im- und Export keine Aufmerksamkeit widmet.

VI. Zur landwirtschaftlichen und agrarpolitischen Entwicklung

Die oben angesprochene Problematik des Verhältnisses zwischen Demokratisierung und Integration, ferner die Problematik der Vermittlungskategorien (Ware, Preis) lassen sich an einem bisherigen »Ausnahmebereich«¹⁰³ des DDR-Wirtschaftssystems, der Landwirtschaft, verdeutlichen. Trotz zunehmender Technisierung mit der Tendenz zur industriell betriebenen Produktion von Agrargütern sind mit dem überwiegend genossenschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und den spezifischen Erfordernissen der Produktion in der Landwirtschaft besondere Voraussetzungen gegenüber dem Industriebereich gegeben, die zudem durch die eigene Geschichte des gesellschaftlichen Sektors Landwirtschaft verstärkt werden. Bis in die 60er Jahre hinein konzentrierte sich die agrarhistorische und agrarpolitische Forschung außerhalb der DDR darauf, den Prozeß der Umstrukturierung der Landwirtschaft im Gebiet der SBZ/DDR unter dem Aspekt des Vorzugs traditioneller einzelbäuerlicher Wirtschaftsweise nachzuzeichnen; die Bodenreform 1945 und die »Kollektivierung« zwischen 1952 und 1960 mit ihrer Zuspitzung Ende der 50er Jahre waren die herausragenden Ereignisse¹⁰⁴. Erst seit Ende der 60er Jahre wächst das Interesse an der Funktionsweise der Landwirtschaft in der DDR. Die Tatsache, daß eine offensichtlich zu-

102 *Uwe Wagner*, Vom Kollektiv zur Konkurrenz. Partei und Massenbewegung in der DDR, Berlin 1974. Für Wagners Interpretationsansatz ist grundlegend *Philipp Neumann*, Zurück zum Profit. Zur Entwicklung des Revisionismus in der DDR, 2. Aufl., Berlin 1974.

103 *H. Jörg Thieme*, Die sozialistische Agrarverfassung. Ein Ausnahmebereich im Wirtschaftssystem der DDR, Stuttgart 1969.

104 Siehe z. B. *Konrad Merkel / Eduard Schubans*, Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland. Sozialisierung und Produktionsergebnisse, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 2. Aufl., Bonn/Berlin 1963 (zuerst 1959).

nächst erwartete Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion im prognostizierten Ausmaß ausblieb, dürfte dafür neben anderen ein Grund gewesen sein, sich dem Agrarsystem einschließlich der Motive und Ziele seiner Gestaltung intensiv zu widmen. Die Art und Weise, in der der Agrarsektor in der DDR selbst betrachtet und analysiert wurde, dürfte zumindest eine Hilfe gewesen sein.

Diese Betrachtungsweise läßt sich anhand der Broschüre über »Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften als politisch-soziale Gemeinschaften«¹⁰⁵ gut exemplifizieren. Die Autoren ließen sich »von der Erkenntnis leiten, daß die immer vollkommenere organische Einordnung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in das sozialistische Gesellschaftssystem eine Aufgabe ersten Ranges ist, von der die gesellschaftliche Gesamtentwicklung maßgeblich abhängt« (S. 5). Die Besonderheit dieser Broschüre liegt darin, die Rechtsschöpfung und Gesetzgebung als staatliches Instrument zur Verwirklichung dieser »Einordnung« – die Qualität der Landwirtschaft als Ausnahmebereich ist damit anerkannt – herauszustreichen. Als zentral sind in diesem Zusammenhang die Rechtsformen der Eigentumsverhältnisse im Agrarbereich anzusehen. Für die »Einordnung« – auch die DDR-Wissenschaftler benutzen den Terminus »Vergesellschaftung« – der landwirtschaftlichen Produktion sei die »Nationalisierung oder Vergesellschaftung des Bodens nicht erforderlich«. Die »genossenschaftliche Bodennutzung« bilde, »in Verbindung mit dem genossenschaftlichen (Gemein-)Eigentum an den Produktionsmitteln, die Basis für das Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in der Landwirtschaft der DDR« (S. 56 f.). Sieht man von der Doppeldeutigkeit der Formulierung »Ökonomische Gesetze des Sozialismus«¹⁰⁶ ab und versteht man darunter allein die geltenden Rechtsvorschriften, ergibt sich, daß die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen im Agrarbereich nicht mehr primär als naturwüchsig und durch Gesetze eingeschränkt, sondern als durch Recht und Gesetz geregelt begriffen werden. Die in der Landwirtschaft wirkenden »ökonomischen Gesetze« in ihrer Gesamtheit sind dann mit dem identisch, was aus anderer theoretischer Sicht »Agrarpolitik« genannt wird.

Aus historischer Perspektive ist in diesem Zusammenhang jedoch zu fragen, warum das Privateigentum am Boden nicht abgeschafft ist, wenn sich daraus keine praktisch wirksamen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen herleiten. Keine der hier annotierten Untersuchungen wirft diese Frage auf, obwohl sie für Struktur und Arbeitsweise des Agrarbereichs Schlüsselfunktion zu haben scheint. Als Hypothese sei diese Frage deshalb hier beantwortet: Die Verfassung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften als Hauptform agrarischer Produktion hängt eben doch maßgeblich vom Privateigentum an den Produktionsmitteln ab. Dieses Privateigentum liefert gewissermaßen Letztbegründungen dafür, daß der Agrarbereich genossenschaftlich und nicht nach dem Muster der Volkseigenen Industrie organisiert ist. Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, daß sich diese genossenschaftliche Struktur gerade im Blick auf die angestrebte Form der Vergesellschaftung im Agrarbereich als effektiver erweist als andere Unternehmensverfassungen. Der Grund liegt in dem psychologischen Kalkül, daß über Genossenschaften vielleicht eher jenes Maß an individueller Eigenverantwortlichkeit für die gesellschaftliche Produktion erreicht werden kann, das mit sozialistischen Verhältnissen verbunden wird, als es in den Sektoren der Industriegüterproduktion möglich ist. Das Problem der »ökonomischen Hebel«, insbesondere die »materielle Interessiertheit der Werktätigen«, die in der Industrie zunehmend zu zentralen Vermittlungskategorien von Vergesellschaftung werden, erhält hier einen anderen, eher auf das Modell einer Demokratie von sich subjektiv als Produk-

105 Autorenkollektiv (Werner Alms, Manfred Ebel u. a.), *Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften als politisch-soziale Gemeinschaften*. Eine Studie zur verfassungsrechtlichen Stellung und Funktion der LPG im gesellschaftlichen System des Sozialismus der DDR, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin – DDR 1970.

106 Siehe dazu auch *Sonthheimer/Bleek* (Anm. 18), S. 205 f.

tionsmittelbesitzer Empfindenden zurückführbaren Stellenwert. Der sonst nicht übliche Begriff der »sozialen Gemeinschaft«, der von den DDR-Juristen zur Klassifizierung der Genossenschaften gewählt wird, macht diese Unterschiede deutlich¹⁰⁷. Auch die Tatsache, daß die Agrarproduktion nahezu ausschließlich der Bedarfsdeckung in der DDR und kaum zum Export dient – dies wird ebenfalls in der hier referierten Literatur nicht betont –, muß in diesem Zusammenhang als ein entscheidendes Merkmal für diese Möglichkeit der Vergesellschaftung hervorgehoben werden.

Von zentralem Interesse für das Weiterverfolgen dieser These wären Untersuchungen der Willensbildung in den LPG. Die bundesdeutsche Forschung hat sich diesem Mikrobereich nicht intensiv gewidmet. Die vorliegenden Arbeiten gelten primär makroökonomischen Fragen. *Hans Immler* hat in seinem Buch »Agrarpolitik in der DDR«¹⁰⁸ den ganzen Umkreis dessen, was in der und für die DDR-Landwirtschaft zu Beginn der 70er Jahre diskutiert wurde, abgeschritten, und er vermittelt ein geordnetes, von der Programmatik der DDR-Politik ausgehendes Bild dessen, was besteht und geplant war. Als in methodischer Hinsicht problematisch erscheint dem Historiker allerdings Immlers Rekurrenzen auf ein »marxistisch-leninistisches Leitbild« und eine »agrarpolitische Konzeption«, die sich bei genauerem Hinsehen für den Rezensenten als das erweist, was vor ihm DDR-Ökonomen umfassend in dem Standardwerk »Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR«¹⁰⁹ formuliert haben. In der Durchführung der Untersuchung gerinnt die zunächst als Prozeß begriffene Herausbildung der »Konzeption«, verstanden als »geschlossener und möglichst widerspruchsfreier Zusammenhang von Zielen, Mitteln und Maßnahmen« (S. 10), dann zur »Darstellung der einzelnen Entwicklungsstufen, an deren Ende die Vollendung der sozialistischen Landwirtschaft steht« (S. 11). Die entscheidungsbezogene Analyse bleibt mithin ausgespart. Die Arbeit wird auf die Herausarbeitung der ordnungspolitischen Idealtypen hin konzentriert. Nichtsdestoweniger ist gerade damit ein klar gegliederter Rahmen formuliert, der Ausgangspunkte für geschichtswissenschaftliche Forschung liefern kann. Zum Beispiel wäre prüfenswert, wie sich die Agrarverhältnisse der Jahre 1952 bis 1959/60 mit diesem Stufenmodell vereinbaren lassen. Darüber hinaus ist das Buch für Lehrzwecke zum Thema DDR-Agrargeschichte und -politik gut benutzbar. Nirgendwo sonst sind bisher Ziele, Instanzen und Mechanismen der Agrarentwicklung, aber auch der Eigentums- und Produktionsstruktur sowie der Leistungen der DDR-Landwirtschaft umfassender und zugleich bündiger zusammengestellt, um Studierenden einen leichten Einstieg in diesen in allen Industriegesellschaften immer undurchsichtiger werdenden Bereich zu ermöglichen.

Mehr in die Mikrostruktur der Landwirtschaft der DDR in den 60er Jahren leuchtet die etwa gleichzeitig veröffentlichte Dissertation von *Thomas Hartmann*, der die Entwicklung seit 1945 unter dem Aspekt der »Kooperation«, verstanden als zentrale ökonomische Kategorie, schildert¹¹⁰. Stärker als Immler hebt Hartmann bei seiner Nachzeichnung die Zielkonflikte der Agrarpolitik und die zeitweiligen Unklarheiten und Ungereimtheiten in der

107 Vgl. auch die neuere Deutung, die die Besonderheiten der Eigentumsverhältnisse aus dem gegenüber der Industrie zurückliegenden Entwicklungsniveau der Landwirtschaft ableitet, bei: Autorenkollektiv unter Leitung von *Kurt Krambach*, *Genossenschaftsbauern – gestern – heute – morgen*. Die Klasse der Genossenschaftsbauern im Prozeß der Gestaltung der industriemäßig produzierenden Landwirtschaft in der DDR, Hrsg.: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin – DDR 1977, S. 33 ff. Von »sozialen Gemeinschaften« ist hier nicht mehr die Rede.

108 *Hans Immler*, *Agrarpolitik in der DDR*, Verlag Wissenschaft und Politik Berend von Nottbeck, Köln 1971.

109 Siehe oben Anm. 78.

110 *Thomas T. Hartmann*, *Die Kooperation in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. Theoretische Grundlagen, Formen und praktische Beispiele* (= *Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland*, Bd. 8), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1971.

Perspektive hervor, z. B. das Problem der Beurteilung der Überführung der MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen) aus der Rechtsform des sozialistischen Eigentums in die Rechtsform des als geringerwertig eingestuften genossenschaftlichen Eigentums (S. 50). Deutlicher als bei Immler, aber auch als in der Broschüre der DDR-Juristen über »Die LPG als soziale Gemeinschaften« wird bei Hartmann auf die Implikationen der Zielperspektive für die Landwirtschaft, ihre Homogenisierung vor allem in sozialer Hinsicht mit anderen Produktionsbereichen, hingewiesen: Nicht die LPG erscheinen als künftige Trägerorganisationen der Landwirtschaft, sondern die erzeugnisspezifischen Brigaden, die, im jahreszeitlichen Wechsel gleichermaßen auf dem Felde und in der Verarbeitungsfabrik tätig, die Aufhebung der Unterschiede zwischen Stadt und Land demonstrieren würden. Die praktischen Beispiele, ermittelt aus der agrarwissenschaftlichen Forschung der DDR, können dabei zugleich zeigen, wieweit Mitte der 60er Jahre die Realisierung des Zieles vorauslag. Die Broschüre der DDR-Juristen kann als Indiz dafür gelten, daß die Führungsinstanzen mit der fortbestehenden Dominanz der LPG noch Ende der 60er Jahre rechneten. Erst nach 1972 zeichnete sich eine Verlagerung auf neue, durch Kooperation zwischen LPG entstandene landwirtschaftliche Großbetriebe ab^{110a}.

In der Mitte der 60er Jahre befand sich, wie Hartmann schildert, sowohl die »vertikale Kooperation«, d. h. die Zusammenarbeit mit Endproduzenten und Handelsorganisationen für agrarische Produkte, als auch die »horizontale Kooperation«, d. h. die Zusammenarbeit einzelner LPG in Form gemeinsamer Brigaden und Einrichtungen, erst in den Anfängen. Das galt auch für die »innerbetriebliche Kooperation«, d. h. z. B. für die Aufstellung erzeugnisspezifischer Arbeitsbrigaden. Hartmann berichtet ferner von einer Vielzahl von Problemen, die sich aus der kalkulations- und buchführungstechnischen Durchführung der Kooperation ergaben. Zentral war dabei u. a. die Frage der Preisfestsetzung für zusammengesetzte und Zwischenprodukte.

Grundlegend für die Institutionalisierung der »Kooperation«, die im Zuge des NÖSPL begann, ist das Vertragssystem zwischen den Kooperationspartnern. Mit der Einführung der Kooperationsverträge nahm die staatliche Produktionsplanung und -erfassung ab; die Planung ging von den Landwirtschaftsbetrieben aus und wurde zentral nur auf ihre Übereinstimmung mit den langfristigen Perspektivplänen geprüft. Neue indirekte Plankontrollinstanzen waren damit die Vertragspartner, die ihre Pläne auf die Liefervereinbarungen hin konzipierten. Auf diese Weise wurden Entscheidungen über Sortiment und Umfang der erzeugten Produkte den Agrarbetrieben überlassen, die zwar seit jeher nach dem Gewinnprinzip arbeiten, doch in der Zeit bis 1963 allein durch die (Über-)Erfüllung von Planaufträgen oder durch das Befolgen ordnungspolitischer Empfehlungen ihre Gewinne steigern konnten. Allerdings wurde das neue Prinzip der dezentralen Entscheidung mit der Tendenz zur Selbstregulierung eingeschränkt durch die staatliche Fixierung von Preisen, so daß Kooperationsverhältnisse eher durch Verträge als durch Ware-Geld-Beziehungen, die die reinen ökonomischen Wert- und Verkehrsformen ausdrücken würden, bestimmt sind.

Die Absicht, die Diskrepanzen zwischen der »Grundidee« und den gesetzlich fixierten Mechanismen einerseits und den realen Funktionsabläufen in der Landwirtschaft der DDR andererseits aufzudecken und zu erklären, verfolgt das Buch von Klaus Dreessen¹¹¹. Der Titel »Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die DDR« läßt weder diese Absicht erkennen, noch gibt er an, was das Buch enthält: den Versuch einer auf die Darstellung der Entscheidungsstrukturen konzentrierten Organisationsge-

110a Für die neuere Entwicklung siehe Marie-Luise Franz, Die zwischenbetriebliche Kooperation in der Landwirtschaft der DDR, Köln 1976.

111 Klaus Dreessen, Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die DDR (= Schriften zur Kooperationsforschung, Reihe A: Studien, Bd. 7), Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1973.

schichte der DDR-Landwirtschaft, in der ein Schwerpunkt auf der Zeit vor der Einführung des NÖSPL (1962/63) liegt und die zumindest damit eine Dokumentations- und Kenntnislücke der agrarwissenschaftlichen Diskussion über die DDR-Landwirtschaft außerhalb der DDR verringert. Dreessen geht dabei von der bisher nicht eindeutig belegbaren, doch plausiblen These aus, daß das bestehende Agrarsystem der DDR weder auf originär ökonomisches Kalkül noch auf ideologische, Wirtschaftlichkeit außer acht lassende Motive zurückgeht, sondern aus dem Ziel der Einbeziehung der Landwirtschaft in das seit Ende der 40er Jahre ausgebildete System zentraler Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild resultiert. Diese die gesamte Volkswirtschaft berücksichtigende Basisannahme ermöglicht es dem Autor, Wachstums- und Rentabilitäts Gesichtspunkte auch dort angemessen in Rechnung zu stellen, wo eine allein auf den Agrarsektor konzentrierte Analyse versagt, etwa bei der Bewertung des forcierten Abschlusses der Kollektivierung 1959/60.

Nach Dreessens sehr detaillierter Beweisführung liegt der Grund für die – trotz formal optimaler Voraussetzungen für eine Agrarwirtschaft gemäß marxistischer Tradition (Marx, Kautsky) – nur teilweise erreichten Ziele außer in der unzureichenden Versorgung mit Baumaterialien, technischer Ausrüstung und Düngemitteln vor allem in drei Problemen: 1. in unklaren Kompetenzabgrenzungen bei Planungsentscheidungen bis zur Einführung des NÖSPL; 2. in der Überforderung der LPG hinsichtlich der Informationsverarbeitung und Kommunikation in der folgenden Phase, in der sie allein oder in Kooperation mit Lieferanten und Abnehmern Planungsentscheidungen treffen mußten, und 3. in dem ungelösten Problem der individuellen materiellen Anreize, das aufs engste mit den nach wie vor staatlich festgesetzten und niedrig gehaltenen Preisen für Agrarprodukte zusammenhängt. Auch wer die gelegentlich durchscheinenden Sympathien Dreessens für eine nach marktwirtschaftlichen Prinzipien organisierte Landwirtschaft und seinen Pessimismus in bezug auf die Realisierbarkeit der Ziele der DDR-Landwirtschaft nicht teilt, wird kaum die Schlüssigkeit seiner Analyse, die wegen ihres hohen Informationsgehalts nicht leicht lesbar ist, bezweifeln können.

Basis der Dreessenschen Beurteilung sind in erster Linie die Erträge und die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe. Diese vor allem die betriebswirtschaftliche Perspektive berücksichtigende Bewertung steht im Widerspruch z. B. zu Hans Immlers Interpretation der langfristigen Überlegenheit des in der DDR sich entwickelnden Systems der Agrarwirtschaft gegenüber privatwirtschaftlichen Systemen, z. B. dem der BRD – eine Überlegenheit, die nicht nur an rein ökonomischen, sondern auch an sozialen Maßstäben gemessen wird. In zehn Thesen hat Immler diese Auffassung im Oktober bei einer Tagung über die DDR-Agrarwirtschaft in Berlin zu untermauern versucht. Die Referate dieser Tagung, die in dem Band »DDR-Landwirtschaft in der Diskussion«¹¹² vorliegen, weisen nur in einem Fall auf neue Forschungsergebnisse hin. Adolf Weber stellte die Resultate einer vergleichenden Untersuchung über das Verhältnis von Betriebsgrößenstruktur, Produktion und Produktivität vor und machte geltend, daß von einer Überlegenheit der großbetrieblich organisierten Landwirtschaft nicht die Rede sein könnte¹¹³. Insgesamt dokumentiert dieser Band für die Agrarwissenschaft vor allem die methodische Problematik des Systemvergleichs¹¹⁴.

112 *DDR-Landwirtschaft in der Diskussion*, hrsg. von Konrad Merkel und Hans Immler, Verlag Wissenschaft und Politik Berend von Nottbeck, Köln 1972.

113 Lohnt sich der Aufbau landwirtschaftlicher Großbetriebe in der DDR? ebda., S. 105 – 120.

114 Vgl. insbesondere die Bemerkungen von Konrad Merkel, ebda., S. 27 ff.